1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 46 vom 18. November 1983 | 17. Jahrgang | 1 DM

Diese Woche

Verstaatlichung der Stahlindustrie: Interviews mit Betriebsräten Seite 3

NPD stellt Strafanzeige gegen KPD Seite 7

Die EG — Europa der Monopole Seite 10

Der Lebensstil eines ARBED-Killers

Von 12000 DM im Monat kann Herr Walter Henn nicht existieren. Da müßte sich ja, so befand er, der Lebensstil seiner Familie völlig ändern. Und der war bisher von seinen Einkünften als Vorstandsmitglied der Vereinigten Saarländischen Electricitäts AG (VSE) geprägt.

Herr Walter Henn, FDP, ist kürzlich Wirtschaftsminister im Saarland geworden. Das ist der Posten, für den es die läppischen 12000 DM gibt. Damit er nicht darben muß, zahlt ihm die VSE die Differenz zu seinem bisherigen Einkünften aus — mehr als 100000 DM jährlich. Die Tarife, die die VSE als Stromlieferant des Saarlandes erhebt, müssen übrigens vom Wirtschaftsminister genehmigt werden.

Da Herr Henn ein so fähiger Mann ist und die VSE weiß, was sie an ihm hat, vereinbarte man, daß er nach Beendigung der laufenden Legislaturperiode 1985 seinen Aufsichtsratsposten wieder einnehmen kann. (Falls seine Partei nicht gewählt wird.) Als wahre „Sozialpartner" erwiesen sich im Aufsichtsrat der VSE übrigens auch die meisten „Arbeitnehmervertreter"; die genannten Vereinbarungen wurden bei nur zwei Gegenstimmen angenommen.

Dabei ist Herr Henn ein geschworener Feind der Arbeiter, und deren Existenz und Zukunftsaussichten interessieren ihn kein Stück. Er hat mit dafür gesorgt, daß die Sozialplanleistungen für die ARBED-Kollegen von 90 auf 82 Prozent des bisherigen Lohns gekürzt wurden. Die haben nicht nur ihre Arbeit verloren, sondern mußten nochmal auf einige Hunderter verzichten. So ein feiner Mann ist Herr Walter Henn, der von 12000 DM im Monat nicht leben kann und Hunderttausend hinterhergeworfen bekommt. So ein feiner Sozialstaat ist das, in dem wir leben. Der Segen der freien Marktwirtschaft: Die Arbeiter schuften sich kaputt, werden rausgeworfen und zahlen auch noch für die Krise. Die Kapitalisten, die Reichen, leben in Saus und Braus. Wie lange lassen wir das noch zu?

21./22. November: Bundestagsdebatte über Raketenstationierung

Bonn hat kein Recht zur Stationierung! Wir haben das Recht zum Widerstand!

Am 21. November beginnt der Bundestag in Bonn die Debatte, an deren Ende über die Stationierung der US-amerikanischen atomaren Erstschlagswaffen beschlossen werden soll. Ob diese Debatte einen oder zwei Tage dauert, das Ergebnis wird sein: Die Mehrheit spricht sich für die Raketen aus. Die Mehrheit in Bonn hat aber in dieser Frage mit der Mehrheit unseres Volkes nichts zu tun: Die ist gegen die Raketen. Und wird dies auch gerade am 21. und 22.11. zeigen. Zahlreiche Gewerkschafter, Kolleginnen und Kollegen sehen den 21. November, gestützt auf entsprechende Beschlüsse verschiedener Einzelgewerkschaften, als Widerstandstag der Betriebe. Aktionen bis hin zu Arbeitsniederlegungen werden vorbereitet.

Wir rufen unsere Leser auf: Macht mit. Die wichtigste Kundgebung des „Nein" zu den Raketen wäre sicherlich, wenn es zu Streikaktionen in den Betrieben käme. Darauf gilt es hinzuarbeiten, auch noch in den Diskussionen am Arbeitsplatz, die es an diesem Tag sicherlich gebenwird, die man suchen muß, verbunden vielleicht mit dem gemeinsamen Anhören oder Ansehen der Bundestagsdebatte per Radio oder Fernseher.

Am Nachmittag des 21.11.: Auf die Straße. Die Ablehnung der Stationierung auf Kundgebungen, in Demonstrationen zum Ausdruck bringen. In vielen Städten. In der Bundeshauptstadt wird das Parlament belagert, eine Friedenskundgebung mit internationaler Beteiligung ist in Vorbereitung. Öffentlich wird dem Parlament die Berechtigung abgesprochen, in dieser Frage eine Entscheidung für — richtiger: gegen — das Volk zu treffen. Das Volk selbst muß entscheiden, die Forderung nach einer konsultativen Volksbefragung wird aufrechterhalten — auch das wird deutlich gemacht werden.

Nach der endgültigen Entscheidung des Bundestages wird es ebenfalls in vielen Städten zu Demonstrationen kommen. Ob Tag oder Nacht — die Friedensplenen verschiedener Städte haben solche Aktionen beschlossen.

Die Bundestagsdebatte und die Aktionen an diesen Tagen markieren nicht den Schlußpunkt des Kampfes gegen die neuen Raketen, des Kampfes um den Erhalt des Friedens. Sie müssen Auftakt sein zu verstärktem Widerstand, auch und gerade, wenn die Stationierung auch bei uns beginnt, so, wie sie dieser Tage in England bereits begonnen hat.

Dabei erscheint es uns notwendig, neben dem konzentrierten Widerstand gegen Pershing 2 und Cruise Missiles den Blick weiter zu richten, auf die Hintergründe der Stationierung: Auf die Kriegspläne der NATO, die immer deutlicher werden, auf die Interessen, die die Bundesregierung hier mitmachen lassen. Auch im Atomzeitalter gilt: Krieg fällt nicht vom Himmel, er wird gemacht, von Leuten, die sich Profit davon versprechen. Gegen die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO, gegen die eigene Regierung, das ist eine notwendige Orientierung. In diesem Kampf kommt der organisierten Arbeiterschaft die entscheidende Rolle zu. „Recht auf Widerstand", „Streik und Generalstreik gegen Stationierung und Kriegsvorbereitung" — Begriffe, die unsere Gegner aufheulen lassen. Gerade deshalb notwendig für uns. Auch wenn darum noch manche Auseinandersetzung in der Friedensbewegung selbst, in den Gewerkschaften usw. ausgetragen werden muß.

75% gegen Raketen

Doch: Regierung will Stationierung

IST DAS DEMOKRATIE?



ZUR „NACH"RÜSTUNG

KPD Kommunistische Partei Deutschlands — KJD Kommunistische Jugend Deutschlands — KS Kommunistische Studenten

Kommt Strauß nach Bonn?

„Strauß in 14 Tagen in Bonn?" So fragte die „Bild"-Zeitung in ihrer Schlagzeile vom Montag. Diese Frage ist, unabhängig vom Termin, zu einem beherrschenden Thema politischer Spekulationen geworden.

Die CSU verstärkt offen den Druck und die Propaganda für mehr Einfluß ihres Vorsitzenden auf die Regierungspolitik. Mit konkreten Vorschlägen: Entweder solle die Regierungspolitik nicht mehr nur im Kabinett, sondern in einer Dreierrunde Kohl — Genscher — Strauß ausgekungelt werden, oder Strauß solle direkt in die Regierung eintreten. Etwa nach einem erzwungenen Ausscheiden des geFlickten Grafen Lambsdorff.

Für diese Möglichkeit machte sich zuletzt ausdrücklich Edmund Stoiber stark, der sich wenig um die FDP-Beteuerungen scherte, sie werde das Außen- und Wirtschaftsministerium nicht preisgeben. Das wäre doch ein für hiesige Verhältnisse passender Ausgang der Flick-Affäre, wenn sie statt Lambsdorff den Strauß nach Bonn hieven würde! Welch ein Fortschritt.

Was sich hier abspielt, ist eine Herausforderung an alle Demokraten. Strauß' Schritt nach Bonn wäre ein Alarmsignal. Was von ihm zu halten ist, das hat er immer wieder unmißverständlich klargemacht — ob mit seinen Ausfällen gegen die Forderungen der Arbeiterschaft, ob mit seinen jüngsten Lobliedern auf die Kriegspolitik der USA.

„Stoppt Strauß!", bleibt eine aktuelle Losung, nicht als Verteidigung von Kohl und Genscher, sondern als konsequenter Bestandteil des Kampfes gegen die Wendepolitik, gegen die fortschreitende reaktionäre Entwicklung in unserem Land.



Yassir Arafat in einer Gefechtsstellung der PLO bei Tripoli

Der Kampf der PLO ist gerecht

Immer noch behaupten sich die Einheiten der PLO unter dem Kommando Yassir Arafats in Tripoli gegen die Angriffe syrischer Truppen und sogenannter PLO-Rebellen. Ihr Bemühen ist es, dieses Gemetzel unter Angehörigen des entrechteten palästinensischen Volkes ein Ende zu setzen, das allein der internationalen Reaktion, Israel und nicht zuletzt den USA dient.

Die Solidarität aller Antiimperialisten muß in dieser Zeit bei Arafat sein. Abu Jihad, stellvertretender Oberkommandierender der palästinensischen Streitkräfte, erklärte kürzlich in einem Rundfunkinterview, das Wichtigste sei, daß das Schießen und Bluten aufhöre. Die PLO sei bereit, zu verhandeln. Das Lager Baddawi bei Tripoli sei nur einen halben Quadratkilometer groß. Stundenlange Bombardements hätten hier noch ganz andere Wirkungen als in Beirut. „Ist das nicht ein Verbrechen gegen das Volk? Hat denn keiner ein Gewissen?" fragte Abu Jihad.

Unterdessen mehren sich die „Aufklärungsflüge" der US-Luftwaffe über dem Libanon und Syrien.

In den letzten Tagen wurde gemeldet, die PLO habe Waffen aus Moskau erhalten, die ihr bei ihrem Verteidigungskampf sehr gelegen kommen. Niemand darf sich wundern, daß die PLO diese Waffen annimmt, ganz unabhängig von der Beurteilung Moskauer Ziele. Ganz und gar unabhängig von dem empörten Geschrei aus Washington. Die PLO repräsentiert das Streben des gesamten palästinensischen Volkes nach Freiheit und Selbstbestimmung, das der jetzige Krieg zunichte zu machen droht. Ihre Sache ist gerecht.

Forderung nach 35-Stunden-Woche „absurd und dumm"?

Kohl läßt die Maske fallen

Bei seinem Auftritt auf dem „Deutschlandtag" der Jungen Union gab es einen Bundeskanzler ohne Kosmetik, einen Helmut Kohl, der seine reaktionären arbeiterfeindlichen Positionen eindeutig äußerte. Zur Forderung nach der 35-Stunden-Woche vor allem.

Da war nichts mehr zu sehen oder hören von dem vorher gepredigten Verständnis — im allgemeinen — für eine solche Forderung, die ja nur augenblicklich etwas daneben läge, nein. Da war es nur noch absurd und dumm, wenn „wir" in dieser Zeit weniger arbeiten wollen.

Nicht, daß er nicht alle seine Redemanuskripte so hätte, als wären sie direkt von den Propagandisten der Kapitalistenverbände verfaßt — das ist nicht der Unterschied.

Das Besondere an dieser Kohlschen Rede sind zwei Dinge: Zum einen, der Ort, wo er sie geäußert hat. Die Junge Union, von der sich viele Unterorganisationen zunehmend weiter rechts profilieren, die auch unterwandert sind von Jungnazis (nicht zuletzt in Westberlin und Bayern) soll hier voll mobilisiert werden, gegen eine Arbeiterforderung.

Das entspricht genau der Vorgehensweise, die abzusehen war, nämlich alle Kräfte des Kleinbürgertums, des Kleinunternehmertums und der Reaktion gegen diese Forderung politisch zu mobilisieren. Zum zweiten ist es natürlich der Ton, der die Musik macht. Und hier hat Kohl sehr deutlich die Haltung des konservativ-philosophischen Menschen, die er sonst so gerne an den Tag legt, abgestreift und sich als Klassenkämpfer für die Interessen der Reichen, der Kapitalisten öffentlich gezeigt.



Die Fronten werden eben, je näher das nächste Jahr rückt, desto klarer, die Haltungen schärfer und da muß Flagge gezeigt werden, nicht mit Hin und Her, sondern mit klaren Worten — das gilt für beide Seiten. Und da hat das Kapital eben von seiner Wunschregierung auch klare Worte gefordert und Kohl beeilte sich, diese Forderung zu erfüllen.

Da ist nichts mehr zu sehen von der angeblichen Neutralität der Regierung im Streit der sogenannten Tarifparteien. Nein, offene Einmischung, konzentrierte reaktionäre Meinungsmache ist gefordert und geschieht auch.

Der Kanzler des Kapitals hat Stellung bezogen — und dort muß er auch festgenagelt werden.

BAG-Urteil bekräftigt

Betriebsratsrechte eingeschränkt

Aus vorgeschobenen „prozessualen" Gründen hat das Kasseler Bundesarbeitsgericht ein Urteil aus dem Februar, gegen das zahlreiche Gewerkschaftsorganisationen protestiert hatten, bekräftigt.

Die — unter dem Aspekt verschiedener Paragraphen des Betriebsverfassungsgesetzes — zum zweiten Mal angestandene Entscheidung betraf das Recht des Betriebsrates, das Unterlassen solcher Maßnahmen zu fordern, die der Unternehmer (bzw. der Vorstand) ohne in den betreffenden Fällen notwendige Zustimmung des Betriebsrates traf. Dabei ging es in beiden Fällen um Überstunden, die ohne Zustimmung des Betriebsrates bestimmt worden waren.

Bereits im Februar hatte das Bundesarbeitsgericht (BAG) entgegen früheren Urteilen festgelegt, daß der Betriebsrat eben nicht das Recht habe, in jedem Fall auf Unterlassung einer solchen Maßnahme zu prozessieren usw.

Nun ging es darum, ob dieses Urteil — das selbst in Juristenkreisen umstritten war — im November faktisch bestätigt wird. In der Zeit kurz vor diesem erneuten BAG-Termin gab es einige Aufregung und verschiedenste Aktivitäten von Gewerkschaften, die auf die Bedeutung dieses Vorgangs hinweisen sollten. Denn in der Tat handelt es sich ja um ein wichtiges Recht der Betriebsräte, das auf diese Weise ausgehebelt, abgeschafft werden soll.

Über 100 Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre mußten sich nun in Kassel anhören, wie die Herren in Schwarz ihre entsprechende Gesinnung im Urteil kund taten. Sie hoben den Einspruch des Teilbetriebsrates Druck der Gruner und Jahr gegen Überstunden in diesem Bereich auf, erklärten ihn für nicht zulässig, da er zu unbestimmt sei und für restlos jede Art von Überstunden gelte. Mit dieser taktischen Finesse der „Unbestimmtheit" hofften die Richter sicherlich, der politischen Auseinandersetzung um ihr reaktionäres Urteil auszuweichen.

Kommentar

Hat er nun oder doch nicht? Der Kanzler einen neuen DDR-Kredit auf Verlangen des amerikanischen Botschafters untersagt, darum dreht es sich. Doch egal wie auch die Spekulationen enden mögen, es bleibt zweierlei zu sagen: Zum ersten eine Bestätigung.

Und zwar eine Bestätigung dessen, was wir schrieben, als der erste Milliardenkredit an die DDR publik und dann auch als Tatsache anerkannt wurde. Strauß taktiert um mehr Einfluß in Bonn — heute ist er wieder so weit, daß er eine solche Forderung offen stellen lassen kann. Dies hat sich auch mit dem erneuten Vorstoß bestätigt.

Und zum zweiten bestätigt sich auch die These, daß das westdeutsche Kapital, bei aller Wende, sehr wohl eine gewisse Kontinuität in der Außenpolitik haben will, (die sich ja ohnehin nicht so sehr unterschied wie manches im Inneren), und zwar genau, wo es was zu verdienen gibt, auch im Osten. Noch eine Milliarde zu Zinsen, die über Weltniveau liegen wäre da tatsächlich sowohl ein gutes Geschäft gewesen, als auch eine weitere Verstärkung der Möglichkeit wirtschaftlichen Einfluß auszubauen.

Das Kreditspiel

Was an dieser Stelle zusätzlich betrachtet werden soll, ist nicht das Verhältnis Bonn/Washington und auch nicht Straußens Weg zum heiß ersehnten Ministeramt.

Auch wenn in der bürgerlichen Presse bereits noch so viel spekuliert wird, stellt sie sich doch in diesem Zusammenhang: Die Frage danach, was denn eigentlich wohl in der DDR los ist. Honeckers demonstrativer Bruderkuß für Beitz, sein Empfang für Grüne und Helmut Schmidt, diese im Vergleich zur Vergangenheit erstaunlich rege deutschlandpolitische Aktivität der SED-Führung ist ein Faktor, der zu diesem zweiten Kreditspiel hinzukommt.

Zwei für DDR-Verhältnisse erstaunlich offenherzige Bekundungen runden ein vorläufiges Bild ab, das sich diesseits der üblichen Vermutungen stellt. Zum einen die Veröffentlichung kritischer Leserbriefe im „Neuen Deutschland", die sich gegen eine Stationierung sowjetischer Raketen im Falle des Scheiterns in Genf aussprachen. Zum anderen die in einer Fachzeitschrift publizierte Meinung, der Einfluß der übrigen RGW-Wirtschaften auf die der DDR sei auch negativ und nicht nur einseitig und ausschließlich positiv.

Es geht also nicht um die Krankheit Andropows und dessen Patronat für Honecker. Auch nicht um den großen Fraktionskampf im SED-Politbüro. Das alles mag sein — aber eben auch nicht. Es geht um Tatsachen. Und die bestehen schließlich in zwei Dingen: Kritischere Töne gegenüber dem RGW klingen an, mehr — und zwar wesentlich mehr — Aktivitäten in Richtung Bundesrepublik werden unternommen.

Dabei wird auf beiden Seiten hin und her taktiert. Denn es handelt sich ja keineswegs etwa darum, daß die Politik der SED-Führung nun im Prinzip anders geworden sei: Zwischen Handel treiben und der Verleihung von Ehre und Würden an einen prominenten Vertreter des Großkapitals gibt es ganz gewaltige Unterschiede. Deutschlandpolitik im Schatten der beiden Großmächte beider imperialistischer Blöcke, Washington und Moskau lassen sich keinesfalls das Recht nehmen, da mitzureden.

Und so geht es weiter hin und her, das Kreditspiel zweite Ausgabe. Man darf das nicht unterschätzen: Schon einmal, vor zwanzig Jahren, wurde mit dem Kampf ums Ostgeschäft eine Wende in der bundesdeutschen Politik eingeleitet. Ein spektakuläres Platzen solcher Pläne könnte ähnliches bedeuten, auch wenn die aktuelle Entwicklung nicht dafür spricht. Ähnliches — in die andere Richtung, Konfrontation statt auskaufen hieße es dann in der BRD. Und ein SED-Führer mußte schon einmal weichen, weil er zuviel in Deutschlandpolitik machte. Walter Ulbricht. Er mußte Platz machen für Erich Honecker...

Erneute Attacke gegen Sicherheitsvorschriften

Atomstrom immer teurer

Nur eine Woche nachdem die Diskussion über die neuen Sicherheitsvorschriften der Bundesregierung öffentlich wurde (siehe den letzten Roten Morgen), hat die AKW-Mafia einen erneuten Vorstoß in Richtung der angeblich „zu weitgehenden" Sicherheitsauflagen gemacht.

Daß in diesen neuen Leitlinien der bisherige Modellfall für einen „Größten anzunehmenden Unfall" (GAU) nicht mehr vorkommt, das reicht diesen Herrschaften offensichtlich noch nicht.

Selbst die Tatsache, daß Atomstrom immer teurer wird, nutzen sie für ihre Kampagne aus. Dr. Klette — natürlich vom RWE — unterstrich dies auf einem Energieforum der Kölner Gas, Elektrizitäts- und Wasserwerke. Dort gab er zu, daß die Preise für Atomstrom sich in zwanzig Jahren verzehnfacht hätten, daß Braunkohlewerke heute beispielsweise auch öffentlich eingestanden billigeren Strom liefern könnten (daß er das gerade für Braunkohle zugab hat natürlich damit zu tun, daß die RWE Eigentümerin der riesigen Felder im Köln-Aachener Raum ist) — immerhin Aussagen, die der langjährigen Propaganda der AKW-Betreiber, auch des RWE offen widersprechen. Aber er machte natürlich auch schnell den Grund dafür aus: Eben diese „übersteigerten" Sicherheitsvorschriften.

In Frankreich, so Klätte, könne man Atomstrom viel billiger produzieren, weil da die Vorschriften viel weniger einengend seien.

Seine Forderung ergab sich daraus natürlich logischerweise: Weitere Reduzierung dieser Vorschriften. Anders gesagt: Weitere Steigerung der Gefährdung der Bevölkerung durch Unfälle in AKWs. Auf die letzte Woche öffentlich gewordene Streichung in den neuen Bonner Leitlinien ging Herr Klätte nicht weiter ein — offensichtlich reicht ihm und seinesgleichen auch dieser Schritt noch lange nicht aus.

In ihrer ganzen Argumentation tun diese Leute heute so, als habe es solche Ereignisse wie Harrisburg nie gegeben — sie meinen wohl, das sei heute lange genug her, um aufs Vergessen spekulieren zu können. Aber dabei sehen sie natürlich auch, daß der Bau von AKWs heute nicht mehr so im Zentrum der Aufmerksamkeit steht, wie noch vor einigen Jahren und daß sie so ihr Geschäft — etwas heimlicher — beschleunigen können.

Gerade die Ausführungen des Herrn Klätte in Köln — und er ist ja nicht irgendwer — zeigen aber, daß alles, was einst über AKWs gesagt wurde, nicht nur gültig bleibt, sondern heute erst recht gesagt werden muß.

Heute, da die Investitionsstaus abgebaut werden sollen — und selbstverständlich gibt es sehr viele Kapitalisten und Finanzgruppen, die gerade in diesem besonders profitablen (und dank ständiger staatlicher Unterstützung und Zuschüsse auch nahezu risikolosen) Bereich ihre Gelder einsetzen wollen.

Heute, da dementsprechend auch noch die wenigen Sicherheitsvorkehrungen reduziert werden sollen. Und da der Steinkohlebergbau eine schwere Absatzkrise durchmacht — in erster Linie wegen zurückgehender Abnahme durch die Stromwirtschaft...

Kommuniqué

Anfang November hat der V. Parteitag der KPD getagt. Der Parteitag konnte in der vorgesehenen Zeit nicht alle seine Arbeiten erledigen und muß deshalb fortgesetzt werden.

Der Parteitag hat den politischen Bericht des Vorsitzenden der Partei, Genossen Ernst Aust, und den Tätigkeitsbericht des ZK und der ZPKK entgegengenommen und diskutiert. Das ZK und die ZPKK wurden entlastet und kommissarisch, bis zur Neuwahl des ZK und der ZPKK, mit der weiteren Wahrnehmung ihrer Aufgaben beauftragt.

Der Parteitag hat eine Resolution zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg und eine Resolution zum Kampf gegen Reaktion und Faschismus diskutiert und beschlossen.

Die Behandlung weiterer Resolutionsvorschläge des ZK und die Behandlung sämtlicher Anträge an den Parteitag sowie die Diskussion und Beschlußfassung über ein neues Statut der Partei konnten in der vorgesehenen Zeit nicht mehr geleistet werden. Deshalb hat der Parteitag beschlossen, sich zu vertagen und seine Arbeiten im Dezember fortzusetzen.

Mitteilung des Präsidiums der gemeinsamen ZK-Vollversammlung von BWK und KPD

Die für November vorgesehene gemeinsame ZK-Vollversammlung von BWK und KPD wird in den Januar verschoben.

Eine solche Terminänderung hatte das ZK der KPD beantragt, da sie ihren kürzlich begonnenen Parteitag auf Anfang Dezember vertagen mußte.

Köln, den 13. November 1983

Bundesweite *Metallarbeiterkonferenz* in Frankfurt „35-Stunden-Woche: Zwischenbilanz"

Vom 25.11. (19 Uhr) bis 27.11. (15 Uhr) im Dietrich-Bonhoeffer-Haus, Lessingstraße 2, 6000 Frankfurt (Westend)

Anmeldung an: Metallerstammtisch Frankfurt, c/o Amt für Industrie und Sozialarbeit der EKHN (Evangelische Kirche Hessen-Nassau) Ostendstraße 59, 6000 Frankfurt 1 (Beitrag 15,— DM). Auf dieser sicherlich auch für unsere Leser interessanten Konferenz werden in fünf Arbeitsgruppen Erfahrungen und Projekte im Zusammenhang mit dem Kampf um die 35-Stunden-Woche bearbeitet. Die Arbeitsgruppen: Modelle betrieblicher Umsetzung und Kontrolle der Arbeitszeitverkürzung, Verzichtsideologie und Schwächungsstrategien von Kapital und Regierung — Strategie der Gegenwehr in der Krise, Einflußmöglichkeiten auf betrieblicher und gewerkschaftlicher Ebene, Kapitalistische Veränderung der Arbeit, Frauen und Arbeitszeitverkürzung. (Vorbereitungsmaterial für alle angemeldeten Kollegen zu allen Gruppen).

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Esch's IBH zahlungsunfähig, SMH-Bank gestützt, Unruhe im Kreditwesen ...

Ein Raubritter, ein Abenteurer und viele Arbeitslose...

Die Ereignisse um die Zahlungsunfähigkeit des IBH Konzerns und die damit entstandene Notsituation für eine der größten bundesdeutschen Privatbanken sind in der bürgerlichen Presse fast ausschließlich Anlaß dazu, Erwägungen über eine genauere Bankenkontrolle anzustellen. Daß dies alles auch ein ganz simples Lehrstück über die kapitalistische Wirklichkeit ist, daß, verdeckt hinter der großen Aufregung um das „Millionenspiel" erneut Zehntausende von Arbeitsplätzen gefährdet sind, das alles erscheint da zweitrangig.

Und in der Tat zieht die Sache immer weitere Kreise. Nachdem zuerst sogar Horst Esch von seiner IBH behauptet hatte, sie sei eigentlich durch diese Vorgänge bei der SMH-Bank nicht betroffen, hat er inzwischen einen Vergleichsantrag gestellt. Dann kam die Auswirkung auf die Hanomag-Werke in Hannover aufs Tapet, jetzt auch auf die hessische Wibau. Allein diese beiden Werke direkt aber umfassen eine Belegschaft von rund 4000 Menschen.

Der Abenteurer

Mit einer glücklichen Spekulation begann die kurze Geschichte der IBH. Mit seinem ersten riskanten Abenteuer verdiente der Spekulant Esch 1974 mehr als eine Million Mark innerhalb von zwei Monaten, die wechselnden Börsenkurse des britischen Baumaschinenhändlers Blackwood Hodge ausnützend.

Innerhalb eines halben Jahres hatte Esch 1975 bereits drei Baumaschinenfirmen unter seinem Dach vereinigt. Das ging auch in den darauffolgenden Jahren stets nach diesem Muster weiter: Esch suchte wenig ertragreiche oder gar pleitegefährdete Betriebe, die zu großen Konzernen gehörten aus, kaufte sie denen (in der Regel zum Nulltarif gegen eine Beteiligung der früheren Besitzer an der IBH) ab und gliederte sie eben in seine IBH ein.

Als die IBH dann groß genug geworden war, 1980 waren Hanomag und Wibau übernommen, da kamen die Großkonzerne auch von selbst und boten Esch Tochterfirmen und Beteiligungen an.

So kam für die IBH ein eindrucksvoller Aktionärskreis zusammen. 19,6 Prozent des IBH-Aktienkapitals gehörten General Motors, etwa ebensoviel den saudischen Dallah Establisments, 13,1 Prozent der Babcock International und runde 10 Prozent der britischen Powell Duffryn, schließlich 7,5 Prozent der SMH-Bank. Also lagen rund 70 Prozent des Aktienkapitals bei „ersten Adressen", was die gesamte Tätigkeit der IBH in den Augen der verschiedensten Finanzjongleure natürlich stark erhöhte.

So wurde die IBH zum drittgrößten Baumaschinenhersteller der ganzen westlichen Welt. Hinter dem US-Multi Caterpillar, der 50 Prozent des Weltumsatzes alleine tätigt und der japanischen Komatsu-Gesellschaft brachte es die IBH immerhin auf 7 Prozent des Weltumsatzes an Baumaschinen.

Entscheidender Anstoß war die Baukrise der Jahre 74 und 75 gewesen, aufgrund derer natürlich eine ganze Reihe von Baumaschinenfirmen in Schwierigkeiten geraten waren und billig oder nahezu kostenlos zur Übernahme bereit standen. Diese Firmen wurden von Esch mit dem ganzen zusammengeklaubten Kapital saniert, durchrationalisiert und auf eine im Ganzen abgestimmte Produktionspalette gebracht. Dabei halfen ihm — unter manchem anderem — auch seine engen Beziehungen zur — inzwischen ebenfalls seit langem im Vergleich befindlichen — Beton und Monierbau (deren Ex-Chefmanager Hoppe nun auch den IBH-Vergleichsantrag mitunterzeichnete).

Die nächste Krise aber gab dem Konzern IBH, der er inzwischen geworden war, „den Rest". In allen Bereichen sackte der Absatz, neue Aufträge nahmen rapide ab, die Forderungen der Zulieferer wurden immer höher, die Verschuldung bei den Banken wuchs immer weiter.

Diese beiden Summen sollen — nach unterschiedlichen Darstellungen — sich auf zwischen 550 und 600 Millionen Bankschulden und rund 220 Millionen Lieferantenforderungen belaufen haben, wobei mit anderem eine gesamte Schuldsumme von fast 900 Millionen Mark sich ansammelte. Jetzt wollte Esch sich auf seinen Rückhalt beim Großkapital verlassen, dem er sich zugehörig fühlte. Das Aktienkapital der IBH sollte um 100 Millionen Mark aufgestockt werden, die Aktionäre (also vor allem eben die Großaktionäre) sollten auf 200 Millionen Mark verzichten. Dies konnte aber einer von ihnen nicht mehr mitmachen: Die SMH-Bank war damit überfordert. Und prompt war das Konzept geplatzt, denn die anderen dachten gar nicht daran, da einzuspringen. General Motors hatte zur ganzen Entwicklung nichts anderes zu sagen als die lakonische Mitteilung, man sehe sich nicht dafür zuständig, andere Verpflichtungen als die eines normalen Aktionärs zu erfüllen, mit den Schulden habe man nichts zu tun ...

So wurde IBH zahlungsunfähig, der ganze Konzern, trotz aller Dementis eben auch die Wibau wurden in den Strudel gezogen.

Der Raubritter

Noch eine Traumkarriere? Ferdinand Graf von Galen, alter Adel, mit echten Raubrittern als Vorfahren, hatte in das private Bankhaus Hengst in Offenbach eingeheiratet. Er war der Motor der Fusion mit den Hamburger Bankern Schröder und Münchmeyer, die 1969 stattfand, aus der die SMH Bank enstand.

Außerdem war er noch der Präsident der Frankfurter Börse und der Vorsitzende der Union-Investmentgesellschaft. Er war es, der hauptsächlich dafür sorgte, daß die SMW Bank immer mehr der ihr zur Verfügung stehenden Gelder in die Kassen der IBH fließen ließ, auch über die luxemburgische Tochterbank und seine Schweizer Finanzierungsgesellschaft.

Als IBH zahlungsunfähig wurde, ging somit nichts mehr. Die zweitgrößte Bankenpleite nach Herstatt stand vor der Tür. Und um diese zu verhindern — und nur deswegen — haben sich die rund 20 anderen Banken (darunter alle Großbanken) die Forderungen an die SMH hatten, bereit erklärt, diese Forderungen in den SMH-Büchern umwandeln zu lassen in Haftungskapital.

Es ging ihnen, und das wurde auch ganz offen gesagt, um das Ansehen des westdeutschen Bankenwesens in der gesamten Geschäftswelt, auch und gerade im Ausland. Es ging ihnen weder um die IBH noch gar um die Menschen, die in diesem Konzern beschäftigt sind, denn davon war keine Rede, daß hier irgendetwas unternommen werden sollte und es geschah auch bisher nichts.









Drei Wunderkinder des Kapitalismus — in der Klemme: Esch, Korf und Grundig

Keine Traumkarriere, wie mancher Illustriertenbericht nun wieder erzählen will, sondern ein „Vorwärtskommen", das auf der Grundlage der Zugehörigkeit zu einer der reichsten Privatfinanzierssippen der BRD fußte. Auch die Münchmeyers und Schröders absolut keine Neureichen. Die Münchmeyers, im Gegenteil, gehörten zu den prominentesten Privatbankiersfamilien Westdeutschlands, Vater Alwin war früher Vorsitzender des Bundesverbandes deutscher Banken. Aber die führende Figur innerhalb der vier Inhaber von SMH war ohne Zweifel von Galen.

Die SMW Bank verfügte über ein Eigenkapital von 110 Millionen Mark, die persönlich haftenden Gesellschafter (von Galen, Münchmeyer, Schröder und Styri) waren mit 50 Millionen Mark in die Pflicht genommen.

Insgesamt hatte die Bank aber sage und schreibe 800 Millionen in die IBH geschossen.

Von Galen und Esch, bisher persönliche Freunde — falls es in solchen Kreisen so etwas geben sollte — sind damit erst einmal am Ende. Der eine wird seine Vorrangstelle bei IBH verlieren (wenn nicht sogar beschlossen wird, den ganzen Konzern über den Jordan gehen zu lassen), der andere wird nicht nur aus der Geschäftsleitung der SMH entfernt, (wie die drei anderen auch), sondern es wird ihm wohl auch von der Bankenaufsicht überhaupt verboten werden, Bankgeschäfte zu führen. Und die Banker werden tatsächlich etwas von ihrem persönlichen Vermögen abgeben müssen (an ihre Kollegen), was bei einer einfachen Werksschließung ja noch nie der Fall war.

Aber wer seinen Besitz genügend aufgeschachtelt hat und die Vielfalt der Finanzgeschäfte so kennt wie diese Herren, der wird auch ein solches Desaster keineswegs verarmt überstehen.

Der größte Privatbanker Europas, der er werden wollte, das wird der Herr Graf nun wohl allerdings nicht ...

Frau Breuel und Geschäfte mit der Arbeitslosigkeit

So nach und nach werden jetzt noch eine ganze Reihe von Ereignissen mit der „Fastpleite" der SMH Bank in Zusammenhang gebracht. Dabei interessiert weitaus weniger die Diskussion innerhalb der Kapitalistenklasse um Bankenaufsicht usw. Interessant sind vor allem die damit zusammenhängenden politischen Verwicklungen.

So wurde erst rund eine Woche nach der ersten Sensationsmeldung über die Bank bekanntgegeben, daß die niedersächsische Wirtschaftsministerin Breuel nicht nur die Schwester Münchmeyers ist, (was in der Tat keine Neuigkeit war), sondern auch selbst an der Bank beteiligt.

Das allein wäre ja nun noch kein Grund in einem kapitalistischen System Alarm zu rufen — daß die Kapitalisten und ihre Sippen selbst zur Regierung drängen, ist eine alte Tatsache.

Interessant über das Grundsätzliche hinaus wird das erst, wenn man den Zusammenhang zur zweiten Entwicklung von IBH mitberücksichtigt, die ganzen Geschäfte um den Aufkauf von Hanomag in Hannover. Denn an den dabei entstandenen Planungen war nicht nur die Stadt Hannover, sondern auch die niedersächsische Landesregierung beteiligt, und: Die SMH Bank.

Die Finanzierung eines Werksneubaus sollte nicht zuletzt die Stadt Hannover betreiben, indem sie das Hanomag-Gelände für fast 50 Millionen aufkaufen und dann zurückverpachten sollte, Kredite und Bürgschaften vom Land sollte es ebenfalls geben und die Bank war an der Organisation und Bereitstellung der Mittel überdimensional beteiligt. Die ganze, überaus komplizierte Konstruktion lief im Endeffekt darauf hinaus, daß der Neubau die IBH nichts kosten würde (15 Millionen wurden zwar angegeben, aber das wäre exakt jene Summe gewesen, die den Reingewinn des Verkaufs/Rückpachtvertrags mit der Stadt Hannover ergeben hätte, also bleibt faktisch doch eine Null unterm Strich, was die Selbstbeteiligung betrifft). Das ganze wurde damals der Öffentlichkeit auch noch als ein großer Erfolg von Frau Breuel dargestellt, die in diesem Vertrag die Klausel eingebaut hatte, ab der Reduzierung auf 2500 Beschäftigte bei Hanomag müßte das vorgeschossene Geld zurückbezahlt werden — nicht nur immer noch ein günstiger Kredit, sondern auch angesichts einer Belegschaft von 2700 keine besonders strenge Auflage.

Systemfehler?

Das Ganze sei ein Systemfehler im Bankenwesen, meinte ein Fachkommentator in der Wirtschaftspresse. Da jongliert und spekuliert ein Neureicher mit Abermillionen, ja gar Milliardenbeträgen und mit Zehntausenden von Menschen, die in von ihm eingesammelten Betrieben arbeiten. Da will ein 50facher adliger Millionär unbedingt der Allergrößte sein und die beiden loben und drängen sich gegenseitig hoch, und beide scheitern an der Konsequenz des Großkapitals. Da hat die Presse nichts anderes zu schreiben, die Medien nichts anderes zu vermelden als von Anstrengungen hinter den Kulissen zu spekulieren. Und da sind sowohl die CDU-Regierung Niedersachsens als auch der SPD-Stadtrat von Hannover verwickelt, eine Ministerin mit eigenem Geld und der Familie. Ob aus Mainz und Wiesbaden noch entsprechendes nachkommt, weiß zur Zeit außerhalb der Eingeweihten noch keiner, aber schließlich war die Haupttätigkeit außer Hanomag und dem Ausland ja der Raum zwischen Frankfurt und Mainz.

Ja, wenn man so will, ist dies ein Systemfehler. Aber bestimmt keiner, der bloß in der Bankenaufsicht liegt. Der Fehler liegt doch darin, daß dies alles überhaupt geht, möglich ist. Daß da eine Handvoll Millionenspekulanten über Zehntausende von Arbeitern verfügen können, mit ihnen jonglieren, als wären sie ein Nichts. Der Fehler liegt doch darin, daß hier einmal mehr das sogenannte Unternehmerrisiko alleine auf dem Rücken der jetzt von Arbeitslosigkeit bedrohten Menschen liegt. Der Fehler liegt in diesem ganzen kapitalistischen System, in dem nur das Geld zählt, das einer in die Waagschale werfen kann, sonst gar nichts. Das alles wurde in diesem Fall besonders kraß deutlich.

Das alles schreit geradezu danach, eine andere Gesellschaft zu haben, eine, in der das eben nicht möglich ist, weil die Herren Unternehmer da überflüssig, enteignet, entmachtet sind — den Sozialismus!

„Der Witz"

Die Stadt Dortmund (bekannt für ihre besonders hohe Arbeitslosenzahl) hatte sich zusammenmit dem heimlichen SPD-Zentralorgan „Westfälische Rundschau" etwas einfallen lassen. Nachdem die Politik der SPD zur Wirtschaftsförderung im Zusammenhang mit dem Textilbertrieb Nona sich als bloßer Zuschuß zu einem bösen Spiel mit der Belegschaft seitens des Unternehmers entpuppt hatte, war etwas Neues nötig.

Man beschloß sich sozusagen auf die Massen zu stützen, einen Ideenwettbewerb auszuschreiben, mit was zu gewinnen und allem ... War schon damals die Reaktion ein Schwanken zwischen komischen Grimassen und lauten Schimpfworten, so ist das Ergebnis nun um so eindeutiger. Das wurde allgemein bekannt, als nun die Urheber eines prämierten Vorschlags (der unter anderem beiinhaltete, im Arbeitsamt Würstchen und Kaffee zu verkaufen) der Presse mitteilten, ihr Vorschlag sei als Witz gedacht gewesen und ihre Prämie zurückgaben ...

Daß dabei, zwar nicht prämiert, aber aufgeführt unter „sonstigen Vorschlägen" auch die Abschiebung aller ausländischen Kollegen von den Organisatoren des Ideenwettbewerbs der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, war nicht nur für diese Leute, die ihren Preis zurückgaben, Anlaß heftigen Ärgers.

Der Witz war also gar nicht so sehr von den Autoren des „Würstchen-fürs-Arbeitsamt"-Vorschlags, sondern viel eher war es ein Witz der SPD-Politik. Und ein sehr schlechter dazu.

Verstaatlichung der Stahlindustrie — Wie? und: Was dann?

Interviews mit vier Betriebsräten aus „Kommune" 10/83

Im Oktoberheft der Zeitschrift „Kommune" wurden diese im folgenden wiedergegebenen Interviews mit vier Betriebsräten aus der Stahlindustrie geführt. Gemacht wurden sie im Anschluß an das Stahlforum,das die Grünen Mitte September in Bonn organisiert hatten. Wir veröffentlichen den Abdruck dieser Interviews deshalb, weil wir meinen, daß die Aussagen, wie sie da getroffen werden, insgesamt eine recht gute Widerspiegelung der verschiedenen Debatten in den einzelnen Belegschaften darstellen. Insbesondere in bezug auf Bedeutung und Möglichkeit der Forderung nach der Verstaatlichung der Stahlindustrie. Denn darüber gibt es nach wie vor und erneut sehr viele Debatten, verschiedenste Vorschläge und Varianten, die sich zwischen den beiden ebenso extremen wie falschen Polen bewegen, die da besagen, entweder mit der Verstaatlichung sei sozusagen alles gelöst (und daraus fast ein Modell für künftige Gesellschaftspolitik machen) oder aber, auf der anderen Seite, Verstaatlichung sei sowieso immer im kapitalistischen Interesse. Wir haben die Interviews gekürzt — diese Kürzungen sind gekennzeichnet. Auch die Hervorhebungen sind redaktionelle Unterstreichungen besonders wichtiger oder besonders problematischer Aussagen durch uns.

„Die Forderung der Vergesellschaftung ist ein Schritt zur Überwindung der Zersplitterung"

Interview mit Dieter Reinken, Betriebsrat der Klöckner Hütte Bremen

(...) *Worin siehst Du die Bedeutung der Forderung nach Vergesellschaftung der Stahlindustrie in der gegenwärtigen Situation?*

Reinken: Die Bedeutung der Forderung nach Vergesellschaftung liegt nach meiner Ansicht darin, daß von den Kollegen, die diese Forderung stellen — und das ist ja eine ganze Reihe von Vertrauenskörpern — der alte Weg verlassen wird, der darin besteht zu sagen: Mein Unternehmer ist mir heilig; ich versuche, zu meinem Unternehmer ein sozialpartnerschaftliches Verhältnis aufrechtzuerhalten, das mir zumindest meine Interessen sichert; mein Unternehmer steht in Konkurrenz zu anderen Unternehmern und dabei ist mir zunächst mal mein Verhältnis zu den Kollegen in anderen Unternehmen wurscht. Diese Position konnte zu Zeiten der Hochkonjunktur aufrechterhalten werden. Die Stahlkrise hat dann dazu geführt, daß nicht nur Beschäftigte entlassen wurden — wenn auch in der Regel über Sozialpläne mit Frühverrentung — daß nicht nur Arbeitsplätze abgebaut wurden, daß nicht nur Standorte stillgelegt wurden, sondern eben auch dazu, daß die Belegschaften der einzelnen Standorte in den einzelnen Unternehmen gegeneinander ausgespielt wurden. In dieser Situation bedeutet die Aufstellung der Forderung nach Vergesellschaftung zunächst einmal einen Schritt — einen gedanklichen Schritt muß man wohl ehrlicherweise sagen — zur Überwindung dieser Zersplitterung und des Gegeneinander-Ausspielen-Lassens.

Welche Rolle spielt die Forderung nach Vergesellschaftung in den betrieblichen Auseinandersetzungen bei Klöckner?

Reinken: Ich würde lügen, wenn ich sagen würde, daß sämtliche betrieblichen Auseinandersetzungen bei Klöckner zwischen Vorstand einerseits und Belegschaft, Betriebsrat und Vertrauenskörper andererseits vor dem unmittelbaren Hintergrund der Diskussion um die Frage der Vergesellschaftung stattfänden. Es ist vielmehr so, daß die Forderung nach Vergesellschaftung in den Köpfen der Kollegen als etwas existiert, was ihre Gegenerschaft zum Unternehmer ausdrückt. Das äußert sich in der Weise, daß die Kollegen sagen: mit welchem Recht kassieren die Unternehmer eigentlich Subventionen, mit welchem Recht schließen die eigentlich Standorte. Die Kräfte, die notwendig wären, um massenhaft für Vergesellschaftung zu kämpfen, sind jedoch heute weder bei Klöckner als einzelnem Betrieb noch in der Stahlindustrie insgesamt herangereift, und auch von seiten der gewerkschaftlichen Organisation ist in die Beschlußlage und die Mehrheitsmeinung im Moment so, daß zur Organisierung einer politischen Auseinandersetzung für die Vergesellschaftung nicht die notwendigen Voraussetzungen gegeben sind.

„Ich habe auch mit der nationalstaatlichen Lösung Bauchschmerzen"

Interview mit Michael Zumball, Betriebsrat bei Peine + Salzgitter, Werk Peine

Wie hat sich bei Euch in der Belegschaft die Diskussion um die Forderung nach Vergesellschaftung entwickelt?

Zumball: Sie hat sich so entwickelt, daß die etwas fortschrittlicheren Kolleginnen und Kollegen das aufgegriffen haben, was in Dortmund zur Vergesellschaftung beschlossen worden war, zuerst bei uns auf VK-Leitungsebene. Dann wurde das in die Vollversammlungen getragen, wo beide Male Entschließungen dazu verabschiedet wurden — ziemlich einstimmig, ich glaub', da gab's einmal eine Enthaltung.

Wie haben sich die IGM-Verwaltungsstellen zu Euren Anregungen verhalten?

Zumball: **Sowohl in Salzgitter als auch in Peine war das mehr oder weniger schwierig. Die Initiativen wurden im großen und ganzen stillschweigend geduldet.** (...)

Spielt die Forderung nach Vergesellschaftung bei Euch in den aktuellen betrieblichen Auseinandersetzungen eine Rolle, z.B. gegen die drohende Schließung von Peine?

Zumball: Das würde ich so nicht sagen. Da muß man ehrlich sein, daß da die Vergesellschaftung sicher nicht im Vordergrund steht. Im Vordergrund steht da immer der konkrete Anlaß, also z.B. die drohende Schließung eines Werkes oder einer Abteilung, die Androhung, daß Löhne gekürzt werden oder die Kurzarbeit ausgebaut wird. Und deswegen meine ich auch, daß inhaltlich noch einiges zu tun ist, dahin zu kommen, daß Leute für solch eine Forderung einstehen. Allerdings bin ich der Ansicht, daß die Arbeitnehmer immer mehr begriffen haben, wie mit ihnen umgesprungen wird. Über diesen Prozeß der Erfahrung und des Nachdenkens darüber, wie mit ihnen umgesprungen wird, wird schließlich die Marktwirtschaft in Frage gestellt. Und das, meine ich, ist schon die Einleitung dazu zu sagen, die Marktwirtschaft, diese Sozialpartnerschaft bzw. auch die paritätische Mitbestimmung, die wir all die Jahre mitgemacht haben, die hat uns nicht geholfen. Über solch einen Hebel, denke ich, kommen wir dahin, daß sich die Leute fragen, was sie denn jetzt machen sollen. Und dann muß, ich will nicht sagen, ein fertiges Konzept da sein, aber dann müssen Leute da sein, die sich mit der Materie schon näher beschäftigt haben, und es muß auch bereits im Vorfeld versucht worden sein, inhaltlich in die Belegschaft reinzuwirken.

Die meisten Kolleginnen und Kollegen kleiden ihr Interesse an der Vergesellschaftung in ein paar einfache Worte: Marktwirtschaft, das bringt es nicht, und gesucht werden muß nach einer volkswirtschaftlich sinnvollen, dem Gemeinwohl dienenden Wirtschaftsweise. **Für mich ergibt sich daraus ganz klar, daß zuerst mal die Machtfrage geklärt werden muß, d.h. du mußt ja, wenn du sowas wie Vergesellschaftung verwirklichen willst, mitentscheiden oder -bestimmen können. Wenn Machtstrukturen weiter so erhalten bleiben wie jetzt, wirst du sowas nicht durchsetzen, das ist doch eine klare Geschichte, ich mache mir da nichts vor. Es gab ja schon öfter Versuche, über irgendwelche anderen Hebel oder Nebengleise an bestimmte Machtstrukturen heranzukommen. Wir können uns ja mal fragen, ob das mit der Montanmitbestimmung etwas gebracht hat. Absolut nichts! Wir sind noch wie vor in derselben Abhängigkeit, wie wir es vor 30 Jahren auch waren.**

Du hast eben die Frage eines fertigen Konzepts angesprochen. Es gibt ja verschiedene Versuche, ein theoretisches Raster oder Modell für eine Vergesellschaftung der Stahlindustrie zu erarbeiten. Was hältst Du davon?

Zumball: Ich mache das den Kolleginnen und Kollegen lieber an konkreten Punkten klar als ihnen ein Raster vorzugeben, was mir hinterher keinerlei Garantie bietet, daß das so wird und funktioniert. Deswegen habe ich mit solchen fertigen Konzepten Bauchschmerzen. Das könnte statt eines Einstiegs genau das Gegenteil werden, ähnlich wie bei Montanmitbestimmung. Ich habe dem Vorschlag für eine solche Lösung aber trotzdem zugestimmt, weil ich erstmal für notwendig halte, daß überhaupt so etwas in Gang kommt. Von meinem Verständnis her können wir nicht als große Gurus auftreten und ein fertiges Konzept hinlegen, das wollen die Arbeitnehmer auch gar nicht. Wenn es soweit ist, dann wollen die selber entwickeln, wie das ablaufen und wie das aussehen soll. Vom Prinzip her schiele ich schon ein bißchen zum Planwirtschaftssystem wie in den meisten Ostblockstaaten, aber mit dem großen Unterschied, daß in einem solchen System nicht Funktionärinnen und Funktionäre, die nicht abzuwählen sind, sondern wirklich die Arbeitnehmer darüber bestimmen, was, wo und wieviel produziert wird. Niemandem dürfte Grund und Boden gehören. Produktionsmittel wären gesamtgesellschaftliches Eigentum. Das heißt, wenn Arbeitnehmer eines Landes nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten entscheiden würden, so glaube ich kaum, daß sie gegen sich handeln.

„Über Vergesellschaftung müßte gesprochen werden bei Betrieben, die gesund sind, dort müßte man anfangen"

Interview mit Günter Preßer, Betriebsrat bei ARBED Saarstahl, Werk Neunkirchen

Wird bei Euch in der IG Metall, im Betriebsrat und in der Belegschaft derzeit über die Forderung nach Vergesellschaftung diskutiert? Sind die Entschließungen der Vertrauensleutekörper von Hoesch, Peine + Salzgitter usw. bei ARBED Saarstahl bekanntgeworden und wie sind sie aufgenommen werden?

Preßer: Die Entschließungen sind bekanntgeworden über Veröffentlichungen in der „metall", die darüber Berichte gebracht hat. Bei uns dreht sich die Diskussion um Verstaatlichung, nicht um Vergesellschaftung. Da haben die Kollegen das Beispiel Saarbergwerke vor Augen, die verstaatlicht worden waren und wo man mit 50 Jahren über Sozialplan ausscheiden kann, das soll dann auch bei uns gelten. Insofern ist das Thema schon aktuell. Fast alle sagen: Verstaatlichung, Lafontaine hat damals Recht gehabt und so. Die Leute sind für Verstaatlichung, aber nicht für Vergesellschaftung.

Die Unterschiede sind nicht klar und die näheren Zusammenhänge werden in der Belegschaft überhaupt nicht diskutiert oder nur sehr wenig. Es geht den Kollegen nur darum, die Arbeitsplätze, die sie haben, über Sozialplan abzusichern, und das, meinen sie, geht bei staatlichen Betrieben besser als bei privatwirtschaftlichen. Aber mehr wird da an und für sich nicht diskutiert.

Wie wird denn über die Verstaatlichung diskutiert? Die SPD Saar fordert die Umwandlung der öffentlichen Subventionen in Staatsbeteiligungen am Unternehmen. Wird eine solche Staatsbeteiligung als Übergang zur Verstaatlichung angesehen?

Preßer: Ich weiß gar nicht, ob das die Leute so interessiert, wie solche konkreten Formen aussehen könnten. Als Lafontaine mal gesagt hatte: 25 Prozent Staatsbeteiligung, da haben die Kollegen gesagt, das wäre gut, das oder eben ganz verstaatlichen. Bei den fast 3 Milliarden Mark, die ARBED Saarstahl an Zuschüssen und Bürgschaften erhalten hat, gehört das Werk ja praktisch dem Staat. Und das ist, worüber die Leute diskutieren, also nicht über konkrete Formen, ob nun 25 oder 50 Prozent dem Staat gehören sollen.

Die Frage der Vergesellschaftung ist also für die Belegschaft zunächst mal etwas ganz Abstraktes, was sie gar nicht unmittelbar berührt?

Preßer: Ja, zumindest was die Vergesellschaftung betrifft. Verstaatlichung und Vergesellschaftung ist für die Mehrzahl der Kollegen ein und dasselbe. (...)

Was hältst Du persönlich von der Forderung nach Vergesellschaftung? Wäre das eine richtige Zielsetzung, und welche Rolle könnte die Forderung gegenwärtig spielen? Oder anders, könnte sie momentan überhaupt eine Rolle spielen?

Preßer: In der Gesellschaftsform, die wir haben, Vergesellschaftung durchzuführen, halte ich für sehr schwierig. Du mußt das ja unter marktwirtschaftlichen Gegebenheiten sehen. ARBED Saarstahl ist ein kranker Konzern, und ich finde es schlecht, daß immer nur über Vergesellschaftung gesprochen wird, wenn einem Unternehmen das Wasser bis zum Hals steht. Hinsichtlich der Banken redet kein Mensch über Vergesellschaftung. Darüber müßte gesprochen werden bei Betrieben, die gesund sind, dort müßte man das System ändern und dann vergesellschaften. Von Verstaatlichung halte ich nichts. Da werden nur die Geldgeber ausgetauscht, ob da nun ein Beamter hockt, Staatssekretär, oder der Wolf von Amerongen, im Grundprinzip bleibt es dasselbe. Vielleicht ist es, wenn der Staat als Anteilseigner die Hand drüber hat, ein *klein* bißchen in sozialer Hinsicht besser. Aber bei Salzgitter, den Howaldtswerken usw., da sieht man ja, daß es genauso schlecht ist, wenn der Staat beteiligt ist. Wenn es den Bach runtergeht, ist es so oder so aus. **Aber**

Fortsetzung auf Seite 5

Verstaatlichung der Stahlindustrie — Wie? und: Was dann?

Fortsetzung von Seite 4

grundsätzlich wäre die Vergesellschaftung ein Ziel, das überall angestrebt werden müßte. Unter Vergesellschaftung im Unterschied zur Verstaatlichung verstehe ich, daß die Arbeitnehmer im Betrieb die größte Mitsprache haben. Damit kein Betriebsegoismus herrscht, müßten auch aus anderen Bereichen Vertreter rein, z.B. aus der Kommune, in der das Werk steht, aber die Arbeitnehmer müßten meiner Ansicht nach das größte Mitspracherecht haben, sagen wir mal 50 Prozent. Vergesellschaftung hieße für mich auch: Demokratisierung innerhalb des Betriebs. Außerdem müßten außerhalb der Betriebe Sozialräte existieren, regional und bundesweit, und Einrichtungen, die für Investitionslenkung verantwortlich wären. Schließlich kann ich mir Vergesellschaftung ohne Ur-Wahl, das heißt grundsätzlich direkte Wahl aller Gremien von unten nach oben, nicht vorstellen.



„Viele Illusionen über die Lösung der Probleme durch Verstaatlichung"

Interview mit Hartmut Siemon, Betriebsrat bei Hoesch Dortmund

Von Vertrauensleutekörper und Betriebsrat bei Hoesch ist die aktuelle Diskussion über die Vergesellschaftung der Stahlindustrie ausgegangen. Wie hat diese Debatte bei Euch begonnen?

Siemon: Ausgangspunkt war die Verschärfung der Lage bei den Hoesch Hüttenwerken. Seit 1979 sind bei uns über 9000 Arbeitsplätze vernichtet worden. Auch ein im Mai 1981 verabschiedetes Konzept, das u.a. als Kernpunkt den Bau eines neuen Stahlwerks vorsah, wurde nicht eingehalten — zumindest was den sogenannten investiven Teil anging — während die Stillegungen und Personalreduzierungen in vollem Umfang vorgenommen wurden. Aus den daraus folgenden Diskussionen, insbesondere über die Rolle der Banken in diesem ganzen Stahlpoker, entwickelten sich erste Ansätze zu der Forderung nach Verstaatlichung der Stahlindustrie. Vorgetrieben wurde diese Debatte durch die Pläne der Moderatoren bzw. — genauer gesagt — schon durch die Einsetzung eines Ausschusses des Finanzkapitals. Deutlich wurde allen, daß eine private Lösung nur an den Kapitalinteressen orientiert sein würde, Massenentlassungen und Verödung ganzer Standorte, unter anderem Dortmunds, zur Folge haben würde. Dagegen und gegen das Ausspielen der Belegschaften wurde ein Alternativkonzept gesucht. (...)

Wie ist die derzeitige Lage in dieser Frage bei Hoesch? Ihr habt eine Unterschriftensammlung unter die Forderung nach Vergesellschaftung durchgeführt. Wie schätzt Du das Ergebnis der Unterschriftensammlung ein?

Siemon: Das Ergebnis — mehrere tausend Unterschriften — entspricht, glaube ich, nicht ganz den Erwartungen, die insbesondere die Vertrauensleute-Leitungen in diese Geschichte gesetzt hatten. Hinzu kommt, daß die Unterschriftensammlung in den einzelnen Bereichen mit unterschiedlicher Aktivität getätigt wurde. Diskutiert wurde insbesondere die Frage der Erfahrungen mit verstaatlichten Unternehmen in Großbritannien, Frankreich usw. Ich denke, es kommt hinzu, daß es unter den Vertrauensleuten auch viele Illusionen gab und gibt, daß es praktisch automatisch zu einer Lösung aller Probleme käme, wenn die Stahlindustrie verstaatlicht wäre — jedenfalls unter dem aktiven Teil der Vertrauensleute, die das Papier auch miterarbeitet hatten. **Dagegen wurde zu wenig deutlich, daß die Perspektive der Verstaatlichung unbedingt beinhalten muß, daß dieses einen entschiedenen Kampf bedeutet, und zwar sowohl vor Ort, unter der Losung der Erhaltung aller Arbeitsplätze, als auch zur Durchsetzung dieser Forderung mit Hilfe von Betriebsbesetzungen, Streiks o.ä., um sich gegen die Banken durchsetzen zu können.**

Wie soll es Deiner Ansicht nach jetzt weitergehen?

Siemon: Genau in die schon angesprochene Richtung: 1. Es muß klar werden, daß es zwischen den Plänen der Unternehmer und unseren Interessen keinen Mittelweg gibt — entweder sie setzen sich durch oder wir. **2. Es muß klar werden, daß die Forderung nach Verstaatlichung der Stahlindustrie nichts anderes — aber insofern sehr wertvoll — ist als eine Hilfsforderung zum Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichtung.** 3. Es muß vor Ort Widerstand geleistet werden gegen die Kahlschlagpläne; insbesondere darf es dazu keine einvernehmlichen Beschlüsse in den Aufsichtsratsgremien geben — wie in der Vergangenheit. 4. Es muß — im Hinblick auf die Tarifrunde '84 — Arbeitszeitverkürzung durchgesetzt, aber auch zur weiteren gegenseitigen Unterstützung der Kollegen in den Stahlbetrieben, von unten eine breite Front gegen die sozialpartnerschaftliche Politik des IGM-Vorstandes erreicht werden, der ja bisher die Forderung nach Verstaatlichung immer wieder abgebügelt hat, jedenfalls soweit als eine konkrete politische Perspektive gemeint war.

Bericht vom Kongreß der IG Druck und Papier (Fortsetzung und Ende des 1. Teils)

Für 35-Stunden-Woche und Rationalisierungsschutz

Im folgenden setzen wir den Bericht vom Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier, den wir in unserer letzten Ausgabe begonnen hatten, fort. Die heutige Folge gehört inhaltlich noch zu diesem ersten Teil und schließt den Teil des Berichts, der sich mit der Diskussion der Tarifpolitik auf dem Gewerkschaftstag befaßt, ab.

Der Gewerkschaftstag begnügte sich aber nicht damit, die Forderungen der Tarifkommission Druckindustrie zu bestätigen, sondern führte einige wichtige Diskussionen in dieser Frage:

1. Die Notwendigkeit sich nicht allein auf die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung zu beschränken wurde begründet und erhärtet: Loni Mahlein: „Die Mobilisierung der Belegschaften und der gesamten Organisation wird nur dann gelingen, wenn sich alle Mitglieder mit unseren Forderungen identifizieren können. Dazu muß die 35-Stunden-Woche der Kern eines tarifpolitischen Programms zur Sicherung und Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen sein. Unter dem Druck der zunehmenden Massenarbeitslosigkeit kann ein Konzept der umfassenden Einflußnahme auf die Arbeitsorganisation heute nicht mehr als Vorbedingung für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche angesehen werden. Im engeren Sinne aber müssen Arbeitszeitverkürzung und Leistungsbegrenzung miteinander verbunden bleiben, weil sonst die angestrebten Wirkungen der Arbeitszeitverkürzung nicht erreicht werden können.

Es kann sich in dieser Auseinandersetzung als erfolgversprechend erweisen, zwei Tabus der Unternehmer, nämlich Arbeitszeit und Leistung auf einmal anzugreifen, um dadurch zu einer tatsächlichen Bewegung zu kommen, als sich nur auf das Tabu Arbeitszeit zu beschränken und dabei zu riskieren, daß die Angst vor Leistungsintensivierung das Entstehen einer kraftvollen Bewegung verhindert. In der Kombination der beiden Forderungen kann die Forderung nach Leistungsbegrenzung, zum Beispiel durch mitbestimmungspflichtige Stellenpläne für Abteilungen und Maschinen, das Vehikel zur Mobilisierung für die 35-Stunden-Woche werden. Trotz der fragwürdigen Ergebnisse unternehmerischer Meinungsumfragen, erwarten die Arbeitnehmer von ihren Gewerkschaften meines Erachtens zu Recht, daß sie den Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit leisten, der in ihren Kräften steht. Diesem Anspruch müssen wir uns auch stellen, wenn wir nicht selbst durch die immer wieder anschwellende Lawine der Massenarbeitslosigkeit in den kommenden Jahren an den Rand gedrängt und in unseren Handlungsmöglichkeiten eingegrenzt werden sollen."

Und weiter schließlich in diesem Zusammenhang:

„Gewerkschaftliche Gegenmacht beruht auf der Fähigkeit zur Machtentfaltung. Heute ist die Fähigkeit zur Massenmobilisierung das bestimmende Moment gewerkschaftlicher Gegenmacht. Das setzt zugleich voraus, daß wir neue Wege und Methoden zur Koordinierung gewerkschaftlicher Aktionen finden, die zu einer neuen Solidarität der Gewerkschaftsbewegung führen. Dazu gehört auch eine größere Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften. Glaubwürdigkeit erfordert die Überwindung von Inkonsequenzen und Widersprüchen. Und alle Erfahrungen zeigen, daß die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften wächst, wenn sie kämpfen."

Eine ganze Reihe von Beiträgen unterstreichen den notwendigen Zusammenhang von Arbeitszeitverkürzung und Rationalisierungsschutz. Davon seien hier noch einige zitiert:

Claus Koch, Heidelberg: „Daß die 35-Stunden-Woche Arbeitsplätze schafft, weisen statistische Untersuchungen zwar nach, aber diejenigen, die diese Gutachten erstellt haben, stellen bekannterweise nicht ein. Beltz-Rübelmann (führender Verbandsfunktionär der Unternehmer) ...sagt, er stelle niemanden ein bei Einführung der 35-Stunden-Woche, er entlasse eher (...) Die psychische Verelendung, wie sie sich vornehmlich noch an den Rändern unserer Gesellschaft abspielt, findet ihre (...) Entsprechung durch die Einführung neuer Technologien in psychischer Verelendung in den Betrieben. Betriebliche Gegenmacht aufbauen bedeutet also auch den Kampf für das psychische Überleben im Betrieb. Dazu sind tarifliche Bestimmungen wie ein umfassender Rationalisierungsschutz unabdingbar. (...) wage ich zu behaupten, daß die Unternehmer vor einem umfassenden Rationalisierungsschutz genauso viel, wenn nicht mehr Angst haben wie vor der 35-Stunden-Woche, denn ein umfassender Rationalisierungsschutz geht direkt an den Nerv der Profitmacherei."

Aus „Roter Lautsprecher", Betriebszeitung der KPD bei Siemens/Witten

35 Stunden sind genug

Auch die Betriebszellen der Partei haben in den letzten Wochen ihre Überzeugungsarbeit für den Kampf um die Verkürzung der Wochenarbeitszeit verstärkt. Als ein Beispiel davon drucken wir den folgenden Artikel der Betriebszeitung von Siemens in Witten ab — dabei halten wir es für wichtig, daß eben nicht nur mit der Frage der Arbeitsplätze argumentiert wird, sondern auch mit Gesundheit und Freizeit.

„Samstag gehört Vati mir" — unter dieser Losung wurde in den sechziger Jahren erfolgreich der Kampf um die 40-Stunden-Woche geführt. Damals wurde Samstags noch regelmäßig gearbeitet und die Wochenarbeitszeit betrug für die meisten noch 48 Stunden. Es dauerte mit der endgültigen Durchsetzung der 40-Stunden-Woche dann noch bis etwa 1970. Arbeitszeitverkürzung war das Mittel, um die Arbeit menschlicher und erträglicher zu machen. So stand die Auseinandersetzung damals auch ganz im Zeichen der berechtigten Forderung nach mehr Freizeit. Das ist verständlich, wenn man bedenkt, wie wichtig der freie Samstag für uns geworden ist.

Seitdem haben Arbeitshetze und Belastungen am Arbeitsplatz derartig zugenommen, daß wir jetzt abends völlig kaputt aus dem Betrieb gehen. Das Letzte an Leistungskraft wird uns heute abverlangt. Der körperliche Verschleiß ist so hoch, daß nur noch weniger als die Hälfte der Arbeiter als Berufstätige das 63. Lebensjahr erreichen. Die Mehrheit hat sich schon vorher in den Knochenmühlen von Siemens und Co. kaputtgeschuftet. Keine Frage: Das muß sich ändern!

ROTER LAUTSPRECHER

Betriebszeitung der KPD für Siemens Witten

Neues bei der Lohnauszahlung!

Die Betriebsleitung will die Art ... nung erstellt werden kann. Fällt

Wir brauchen eine erneute Verkürzung der Arbeitszeit, wenn wir nicht vor die Hunde gehen wollen. Aber diese Verkürzung brauchen wir nicht nur irgendwann am Ende unseres Arbeitslebens durch ein vielleicht herabgesetztes Rentenalter, sondern wir wollen auch heute schon zum Feierabend wieder etwas von unserer Familie haben und auch mal wieder ins Kino gehen und Freunde besuchen können, ohne dort einzuschlafen. Und: wir wollen durch Verminderung des täglichen Streß auch tatsächlich das Rentenalter überhaupt erreichen!

Und ist es nicht auch ein Aberwitz, daß sich heute ein Teil der Arbeiter und Angestellten kaputtschuftet, während der andere Teil auf der Straße sitzt? Über zwei Millionen Menschen sind heute schon ohne Arbeit, und alle Experten sind sich einig darüber, daß das Arbeitslosenheer durch Rationalisierung und neue Technologien noch weiter anwachsen wird. Wenn wir nicht auch über kurz oder lang dazugehören wollen, müssen wir dem jetzt einen Riegel vorschieben und die Wochenarbeitszeit verkürzen.

Die IG Metall und noch fünf weitere Einzelgewerkschaften haben die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich auf die Tagesordnung gesetzt. Wenn wir sie durchsetzen, müssen die Unternehmer auf den Abbau hunderttausender von Arbeitsplätzen verzichten und sogar Neueinstellungen vornehmen. Gemeinsam schaffen wir es!

Kurz berichtet

Protest gegen Erpressungsmanöver

Der Gesamtbetriebsrat der BMW AG protestierte in der letzten Woche gegen die Erklärung des BMW-Chefs von Kuenheim, nach der ein neues Werk in Regensburg nur dann gebaut werden soll, wenn die 35-Stunden-Woche nicht eingeführt werde.

Dazu veröffentlichte der GBR eine Presseerklärung, mit der dieses Vorgehen zurückgewiesen wurde. Dieses Manöver Kuenheims, der sich damit an die Spitze der kapitalistischen Hetzpropaganda gegen die 35-Stunden-Woche stellte, hatte bereits eine ganze Reihe von Protestreaktionen vor allem aus den Reihen der IG Metall erregt. In diese Reihe des Protestes gegen den Erpressungsversuch hat sich nun auch der Gesamtbetriebsrat gestellt.

Heimarbeit wächst an

Über 200000 Menschen, zu 93 Prozent Frauen, sollen es inzwischen sein, die als Heimarbeiter tätig sind — zumeist als Nebeneinkunft. Rund 3/4 davon sind offiziell angemeldet.

Ein rundes Drittel ist allein in drei Zweigen beschäftigt: In der Textilindustrie, der Holzverarbeitung und der Elektroindustrie. Diese Frauen arbeiten zunehmend wieder schwarz, was heißt, daß sie ohne arbeitsrechtlichen Schutz und ohne jegliche auch nur tarifvertragsähnliche Regelung sind — auch hier eine Tendenzwende, denn in den 70er Jahren nahm die Zahl der „Registrierten" zu.

Rund 6000 Unternehmen vergeben Heimarbeit und auch diese Zahl wächst wieder an, denn der Bedarf an rechtlosen Arbeitskräften ist gesteigert. Allein von diesen Unternehmern, den registrierte Arbeit vergebenden also (ohne die zahllosen Betrüger, Dunkelmänner und „Zwischenhändler") wurden in Bayern (wo es die meisten Heimarbeiterinnen gibt) bei der letzten Jahresprüfung über 1 Million Mark an Nachzahlungen kassiert, die sie nicht ausbezahlt hatten. Geld, das also selbst im Vergleich zu den sogenannten Tarifen, die meist in Landessozialministerien von einem Beirat ausgehandelt werden, zu wenig bezahlt wurde.

Das Problem der Heimarbeit (für viele Frauen einzige Möglichkeit, etwas hinzuzuverdienen) weitet sich aus. Nicht nur wegen der steigenden Zahl allgemein. In der Wirtschaftskrise wächst auch die Zahl derer, die ganz von einer solchen Beschäftigung abhängig sind. Und die neuen Pläne zur „flexiblen Arbeitszeit" und zur Heimarbeit am Computer lassen eine weitere Ausweitung befürchten.

Auch VW: Weiterer Personalabbau

Neben den Vorgängen um die Rationalisierungspläne bei Opel ist nun auch das VW-Programm zur Automatisierung bestätigt worden. Bis zum Jahr 1987 sollen weitere 13000 Arbeitsplätze in den sechs Inlandswerken vernichtet werden. Bereits in den letzten anderthalb Jahren war die Zahl der Beschäftigten von 120000 auf 115000 gesenkt worden.

NPD erstattet Strafanzeige gegen den „Roten Morgen"

Offensiv für NPD-Verbot

Am 10. November geht beim „Roten Morgen" ungewöhnliche Post ein: Es schreibt das 14. Kommissariat, die Kripo Dortmund.

Adressat: Der Genosse Detlev Schneider, presserechtlich Verantwortlicher unserer Zeitung. Wesentlicher Inhalt: *„Gegen Sie als Verantwortlichen im Sinne des Pressegesetzes hat der Landesverband NW der ‚NPD' Strafanzeige erstattet wegen eines Artikels in der Zeitung ‚Roter Morgen' vom 23. 9. 83, Seite 2, Überschrift ‚Verhindert den Bundesparteitag der NPD!'"*

Is' ja 'n Ding.

So nutzen die Nazis die Freiheit aus, die ihnen der westdeutsche Staat empörenderweise einräumt: Sie veranstalten, finanziell abgesichert durch einen seit Jahren bestehenden und kaum schrumpfenden Bundeskredit von etwa 700 000 DM, vor der demokratischen Öffentlichkeit geschützt durch bewaffnete Polizeitruppen, ihre Parteitage. Beraten sich darüber, wie sie ihre antidemokratische, arbeiterfeindliche, rassistische Hetze am besten an den Mann bringen können. Und versuchen Antifaschisten, die dagegen Widerstand leisten, vor Gericht zu zerren.

Dieser Vorgang im Jahre 1983, dem mit so vielen Gedenktagen ausgestatteten und mit so vielen Reden aller möglichen Politiker bedachten 50. Jahr nach der Machtübernahme der Hitlerfaschisten in Deutschland, ist auch ein bezeichnender Hinweis darauf, was für Konsequenzen in unserem Land tatsächlich aus der Nazizeit gezogen worden sind.

Die NPD gegen den „Roten Morgen". Das kann interessant werden.

Wir bitten unsere Leser: Macht diesen Vorstoß der NPD in den antifaschistischen Kreisen und Organisationen an euren Orten bekannt. Besonders im Norden werden ja etliche in Fallingbostel oder Bergen-Belsen dabeigewesen sein und ein offenes Ohr dafür haben.

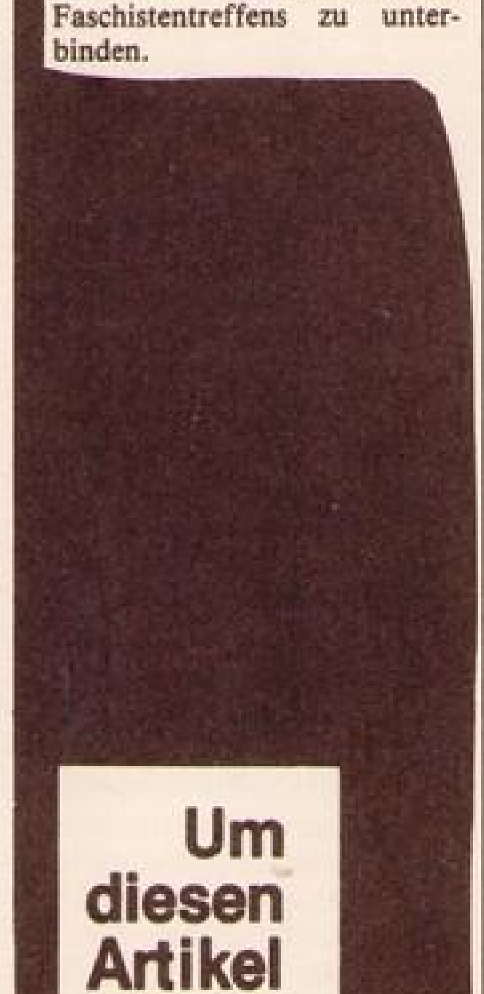
Nach ersten Gesprächen mit verschiedenen antifaschistischen Organisationen ergibt sich: Der RM ist bisher die einzige Zeitung, gegen die die NPD vorgeht. Das kann sich natürlich ändern. Im Kampf gegen jeden Vorstoß der NPD ist solidarisches Handeln angesagt.

Wir bekräftigen unseren Standpunkt: Die Existenz einer legalen faschistischen Partei in unserem Land ist nicht nur ein Schandfleck, sie ist eine Bedrohung und eine Herausforderung an alle Demokraten. Sie erleichtert die Verbreitung faschistischer und rassistischer Ideologie. Sie erleichtert das Spiel der politischen Reaktion überhaupt. Sie begünstigt die Verbreitung der verlogenen Theorie des „politischen Extremismus", der entsprechend sich noch die reaktionärsten Politiker als „Kräfte der Mitte zwischen links und rechts" ausgeben können, solange sie die offen faschistische Propaganda den Neonazis überlassen. Sie hilft, wie am Beispiel der Ausländerfeindlichkeit besonders ersichtlich, ein Klima zu schaffen, das den Interessen der Reaktion und der sie tragenden Kräfte besonders in Wirtschaft und Hochfinanz nützt. Sie begünstigt die Existenz und die Umtriebe der terroristischen Nazi-Banden, die oft versteckte Beziehungen zur NPD haben.

Wir fordern mit Nachdruck das Verbot der NPD, aller faschistischen Organisationen und ihrer Propaganda.

Die KPD steht solidarisch und aktiv an der Seite aller Kräfte, gleich welcher Organisation oder Weltanschauung, die sich gegen die Nazi-Umtriebe wenden.

Eines steht heute schon fest: An einem eventuellen Prozeß gegen den „Roten Morgen" wird die NPD nicht viel Freude haben.



Verhindert den Bundesparteitag der NPD!

Am 1. und 2. Oktober will die faschistische NPD in Fallingbostel ihren Bundesparteitag abhalten.

Als Tagungsort ist die Heidmarkhalle (an der Soltauer Straße, B 209) vorgesehen.

Zahlreiche Antifaschisten haben inzwischen schon aufgerufen, die Durchführung des Faschistentreffens zu unterbinden.

Auch wir fordern: Der NPD-Parteitag muß verhindert werden!

Die staatlichen Stellen sind dazu nicht bereit. Die Antifaschisten müssen vor Ort aktiv werden.

Die Nazis in unserem Land werden immer frecher. Die Politik der Regierung Kohl/Zimmermann schafft ein Klima, in dem sie sich wohlfühlen.

Wir sagen:

Die Nazi-Umtriebe müssen gestoppt werden!

Wir fordern:

Die NPD und alle anderen faschistischen und rassistischen Organisationen sowie entsprechende Propaganda müssen verboten werden!

Wir rufen die Leser unserer Zeitung auf:

Beteiligt euch an den Aktionen gegen den NPD-Parteitag!

1. Oktober, ab 7.00 Uhr: Blockade der Heidmarkhalle
1. Oktober, 8.30 Uhr: Demonstration, Abmarsch: Hermann-Löns-Schule

Übrigens: Niedersachsens Innenminister Möcklinghoff hat der NPD „genügenden Polizeischutz" zugesichert, der die Durchführung ihres Parteitages sicherstellen soll...

Um diesen Artikel geht es

In vielen Städten fanden am 9. November anläßlich des 45. Jahrestages der „Reichskristallnacht" antifaschistische Veranstaltungen statt. Unser Bild entstand in Dortmund. „Deutsche und Ausländer — gemeinsam gegen eine zweite Kristallnacht", so brachten Mitglieder der Interessengemeinschaft mit Ausländern verheirateter Frauen die aktuelle Bedeutung dieses Gedenktages treffend zum Ausdruck. Die Volksfront machte mit einer aktualisierten Auflage ihres Flugblattes gegen die Umtriebe der Dortmunder Borussen-Front auf eine wichtige Aufgabe im Kampf gegen Neonazis und Ausländerfeindlichkeit aufmerksam. Nicht weit entfernt, in Gelsenkirchen, störten Skinheads eine ähnliche Veranstaltung. (Siehe dazu nebenstehenden Bericht).

Parallelen

Wo es am 9. November ernstzunehmende Gedenkstunden oder politische Kundgebungen zum 45. Jahrestag der Reichskristallnacht gab, wurden Parallelen gezogen zwischen den Anfängen der Hetze gegen die und der Verfolgung der Juden in den dreißiger Jahren und der Hetze und Terroraktionen gegen Ausländer heute.

Schon vor dem 9. November aber wurde in Bayern ein Student verurteilt, weil er solche Parallelen gezogen hatte.

Auf eine Geldstrafe von 225 DM wegen „Beleidigung" lautete das Urteil des Amtsgerichtes München gegen Axel M., der in einem persönlichen Brief an den Kreisverwaltungsreferenten Peter Gauweiler die Praktiken der Münchner Ausländerbehörde kritisiert hatte. Daß er sich vor Gericht zu verantworten hatte, hatte Axel M. dabei nicht einmal ihr eigenen Formulierungen zu verdanken, sondern vor allem einem von ihm benutzten Zitat des international beachteten Komitees zur Verteidigung der Flüchtlinge und Arbeitsemigranten (CEDRI). In einem Dokument des Komitees, das die Situation ausländischer Arbeiter und Asylbewerber in der Bundesrepublik untersucht hat, heißt es über die Vorgehensweise von Gauweilers Behörde wörtlich: „Solche Methoden bestärken im europäischen Ausland den Eindruck, daß in der BRD und ganz besonders im Freistaat Bayern bei Behörden wieder Vorgehensweisen aufkommen, die Parallelen zur Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft aufweisen." Aus seiner Kenntnis über kürzlich aufgedeckte betrügerische Machenschaften einiger Beamter der Behörde fügte Axel M. hinzu: „Um ihr (Ihr?) Ziel — die aufenthaltsbeendenden Verfügungen — zu erreichen, setzt sich Ihre Behörde über geltendes Verfassungs- und Verwaltungsrecht hinweg."

Münchens Oberbürgermeister Kiesl (CSU) stellte daraufhin Strafanzeige. Gegen den daraufhin ergangenen Strafbefehl legte Axel M. Widerspruch ein. Vor dem Amtsgericht verteidigte er den Inhalt seines Briefes, den er im Anschluß an eine Pressekonferenz des Rechtshilfefonds für Ausländer München e.V. geschrieben hatte, bei der auf die derzeit laufenden Ausweisungsverfahren und Nichtverlängerungen von Aufenthaltserlaubnissen von türkischen Jugendlichen aufmerksam gemacht worden war.

Amtsrichter Herrmann, der das zum Teil direkt verbrecherische Verhalten der Behörde lediglich als „problematisch" einstufte, erklärte die Ausführungen des Angeklagten für „beleidigend". Der Vorwurf, es ergäben sich Parallelen zur Nazizeit, müsse „tatsächlich großen Mißständen" vorbehalten bleiben, und dazu zählt er die Behandlung von Ausländern in unserem Land offensichtlich nicht.

Axel M. will Berufung gegen dieses Urteil einlegen. In ähnlich gelagerten Verfahren, so heißt es aus München, laufen zur Zeit noch mehrere Verfahren.

Bei uns werden heutzutage eben nicht nur Ausländer diskriminiert und verfolgt, sondern auch Deutsche, die sich darüber empören.

Parallelen.

Polizeibekannt und ungeschoren

Gelsenkirchens Polizei ließ Störung einer antifaschistischen Kundgebung am Jahrestag der „Reichskristallnacht" zu

Mehr als 500 Menschen beteiligten sich am 9. November in Gelsenkirchen an einem Fackelzug und einer Kundgebung aus Anlaß des 45. Jahrestages der „Reichskristallnacht". Dabei wurde nicht nur des Terrors der Hitleristen gedacht, sondern auch vor gefährlichen Entwicklungen heute gewarnt. Vor Neonazi-Umtrieben, vor militaristischen Tendenzen. Der ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Erich Meinike aus Oberhausen sagte unter anderem: „Die deutsche Geschichte ist reich an Opportunisten. Heute wollen und müssen wir andere Maßstäbe setzen." Sehr wahr. Wenn das doch nur auch die Praxis der SPD wäre.

Was es mit den Umtrieben von Neonazis auf sich hat, das konnten die Teilnehmer der antifaschistischen Aktion an diesem Abend nicht nur theoretisch erfahren. Und auch, wie wenig von Seiten des Staates dagegen unternommen wird, wurde ihnen deutlich gemacht.

Über die Vorfälle in Gelsenkirchen berichteten uns Teilnehmer der Kundgebung. Sie schickten uns auch einen Leserbrief, der in der WAZ veröffentlicht wurde und eine gute Zusammenfassung gibt. Es heißt darin:

„Unmittelbar nach Abschluß der Veranstaltung kam es zu einer skandalösen Neofaschistischen Gegenkundgebung unter den Augen der Polizei. Es bildete sich nach dem Weggang der Mehrheit der Teilnehmer plötzlich um die Gruppe der jugendlichen Skinheads eine beachtlich größere und gut organisierte Gruppe von ca. 30 bis 40 Personen, die beim geordneten Abmarsch Richtung Weberstraße im Sprechchor Hetzparolen wie „Deutschland den Deutschen" — „Ausländer raus!" brüllten, und dies von der Polizei ungehindert und minutenlang hörbar! Die Aufforderung einiger empörter Kundgebungsteilnehmer (darunter z. T. die Unterzeichneten) an den Polizeieinsatzleiter, die offensichtliche vollendete Volksverhetzung (Straftatbestand) zu unterbinden und die Personalien der Täter festzustellen, beantwortete dieser dahingehend, daß sein Auftrag des Schutzes der Veranstaltung erfüllt und eine Personenüberprüfung nicht erforderlich sei, da die Personen dieser davonziehenden Gruppe allesamt der Polizei wohlbekannt seien (!).

Wir stellen fest: Es gibt also auch in Gelsenkirchen und Umgebung einen polizeibekannten personellen Zusammenhang zwischen organisierten neofaschistischen und ausländerfeindlichen Gruppen. (Wir erinnern an die kriminellen Vorgänge der jüngsten Zeit!) Dabei spielen die von ihnen erwähnten Skinheads offensichtlich die Rolle von nützlichen militanten Vortrupps der eigentlichen Hintermänner. Wir fragen dazu: Wer sind diese ‚wohlbekannten' Mitglieder neofaschistischer und ausländerfeindlicher Gruppen?"

26. /27. November:

Koordinationstreffen der Initiative Frankfurter Appell

Am 26. und 27.11. treffen sich wieder die Vertreter der Initiativen gegen Ausländerfeindlichkeit und der anderen Unterstützungsorganisationen des Frankfurter Appells. Tagungsort ist die Kantine des Hauses Mainzer Landstraße 147 in Frankfurt. Beginn ist am 26.11. um 12 Uhr.

Tagesordnung:

I. Bericht über die vorherigen Treffen des Koordinationsausschusses und die Arbeit des Büros.
1. Kurze Aussprache für Neuhinzugekommene
2. Berichte der örtlichen Initiativen

II. Aktivitäten des Koordinationsausschusses
1. Staffettenlauf / Stand der Vorbereitungen / anstehende organisatorische Arbeiten
2. Stand der Kontakte zu den örtlichen Initiativen und Ausweitung der Kontakte unter Mithilfe der im Koordinationsausschuß vertretenen Initiativen.
3. Weitere Aktivitäten Pressekontakte
Aktionen zur Vorbereitung des Staffettenmarsches.

III. Arbeiten des Koordinationsausschusses und des Koordinationsbüros Schwierigkeiten / Unterstützung / Erfahrungen
2. Finanzen des Koordinationsbüros

Der Frankfurter Vorbereitungskreis schlägt noch folgende Punkte vor:

IV. Zum Frankfurter Appell:
1. Verhältnis des Ffmer Appells zu anderen Appellen
2. Verbreitung und weitere Arbeit des Frankfurter Appells

V. Einrichtung eines zentralen Büros, das sich mit Ausweisungen und Abschiebungen zentral beschäftigt (Vorschlag des Hamburger DAAB).

Für Schlafplätze ist gesorgt.

„Nicht ausgeschlossen"

Unbekannte Täter haben Anfang November in Stuttgart-Haslach einen Sprengstoffanschlag auf ein Asylantenwohnheim verübt. Nach Auskunft der Polizei entstand nur geringer Sachschaden, Personen wurden nicht verletzt. (Anders als bei verschiedenen Anschlägen der vergangenen Jahre, aber das dürfte reiner Zufall gewesen sein!) Ein Sprecher des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg erklärte, „auch diesmal" könne ein politischer Hintergrund „nicht ausgeschlossen" werden. — Das ist wahr. Unwahr ist, daß sich das LKA BaWü jetzt für ein Verbot und die Zerschlagung der bekannten Neonazi-Terrorgruppen einsetzen will.

Bundestag beschließt „Rückkehrprämien"

Aktion Ausländerrückführung — jetzt offiziell

„Aktion Ausländerrückführung" nennt sich eine Gruppe der terroristischen Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA) im Hessenwahlkampf.

Eine Aktion Ausländerrückführung eigener Art beschloß am Donnerstag letzter Woche der Deutsche Bundestag: Eine zeitlich begrenzte finanzielle „Rückkehrhilfe" für einen begrenzten Teil der ausländischen Bevölkerung. Der in demokratischen Kreisen auch unter dem Stichwort „Deportationsprämie" bekanntgewordene Plan wird nun also Realität.

Die nebenstehende Zusammenfassung des Gesetzes, das Anfang Dezember in Kraft treten soll, entnahmen wir der „Frankfurter Rundschau".

20000 bis 50000 Ausländer, so schätzt man angeblich in Bonn, werden in den „Genuß" dieser Prämie kommen und unser Land „freiwillig" verlassen. Ein Stück Arbeitslosigkeit wird exportiert. „Durch diesen Anreiz zur freiwilligen Rückkehr erreichen wir, daß gerade Ausländer aus unseren Krisenbranchen, zum Beispiel Stahl, Werften oder Bergbau, die Bundesrepublik verlassen und damit also nicht mehr unseren Arbeitsmarkt belasten." (Arbeitsminister Blüm zu „Bild am Sonntag")

Gibt es dadurch Arbeit für Deutsche? Selbst wenn man alle menschlichen Aspekte beiseite lassen könnte, wie es einem Norbert Blüm ohne Anstrengung gelingt — die Kolleginnen und Kollegen, die jahrelang hier geschuftet haben, sind nunmehr für ihn nur noch eine Belastung, eine Last, die man, im Gegensatz zu den (ihm ebenso lästigen!) Deutschen, anderen aufbürden kann —, selbst dann hieße die Antwort doch eindeutig: Nein. Wo Firmen durch die kapitalistische Krise eingehen, gibt es keine Arbeitsplätze mehr. Und Schuld sind eben nicht die Ausländer, Schuld ist das Kapitalistensystem.

Der Kreis der Ausländer, die die Prämie haben können, ist eng begrenzt. Kein einziger der Ende Oktober arbeitslosen Ausländer — 277000 Menschen! — hat Anspruch darauf. Im übrigen sind die Prämienzahlungen, wie wir mehrfach gezeigt haben, in keiner Weise ein finanzieller Ausgleich für die Leistungen, die unsere Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausland in der Vergangenheit bereits durch Versicherungszahlungen usw. in unsere Wirtschaft eingebracht haben.

Die FDP, aus deren Reihen öfter mal Kritik an ausländischen Vorstößen zu hören ist — man denke an den Streit zwischen Frau Funcke und der CSU — verteidigt die Maßnahme. Das war auch nicht anders zu erwarten. Der Bundestagsabgeordnete Cronenberg meldete sich zu Wort: Dieses Vorgehen sei menschlicher als eine Begrenzung des Nachzugsalters für Kinder. Als ob die Frage so stünde. Und als ob nicht eben diese Begrenzung Bestandteil des von einer Bund-Länder-Kommission erarbeiteten und als „Zimmermann-Papiers wäre, über das im Bundestag Anfang nächsten Jahres beschlossen werden soll. Die FDP ist nicht die Kraft, die dagegenstünde.

Cronenberg meinte auch, das Gesetz schränke die freie Entscheidung der ausländischen Arbeitnehmer jedenfalls nicht ein — sie könnten ja wählen, ob sie bleiben oder gehen wollten. Was Cronenberg nicht sagt, was ihm aber bestenfalls bekannt ist: Das Programm der ausschlaggebenden Regierungsparteien CDU und CSU zur Ausländerrückführung geht von Zahlen aus, die sich in keiner Weise an dem Ergebnis dieser Prämienrunde orientieren. Mehr als zwei Millionen — davon sind 20000 gerade 1 Prozent! — sollen ihrem Willen entsprechend bis 1990 aus dem Land. Vor allem unsere Mitbürger aus der Türkei. Wer nicht „freiwillig" geht, dem wird nachgeholfen. So wollen es die Wirtschafts- und Finanzgewaltigen in diesem Lande, für die Kohl und Zimmermann die Politik machen.

Das jetzt vom Bundestag verabschiedete Gesetz ist keine Hilfsmaßnahme für ausländische Bürger, die gern nach Hause wollen. Es ist der Einstieg in eine Vertreibungspolitik großen Stils.

Die wesentlichen Bestimmungen des Gesetzes zur „Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern"

„Rückkehrhilfen"

Arbeitnehmer aus Jugoslawien, Korea, Marokko, Portugal, Spanien, Tunesien und der Türkei können eine Rückkehrhilfe erhalten, wenn sie nach dem 30. Oktober 1983 durch Stillegung des Betriebs, von Betriebsteilen oder durch Konkurs arbeitslos werden. Rückkehrhilfe können ausländische Arbeitnehmer auch dann erhalten, wenn sie mindestens ein halbes Jahr vor Antragstellung von Kurzarbeit betroffen waren.

Damit der Arbeitnehmer die Rückkehrhilfe bekommt, muß er mit seiner ganzen Familie das Bundesgebiet verlassen. Dazu zählen der Ehepartner und die Kinder, für die der Arbeitnehmer unterhaltspflichtig und sorgeberechtigt ist.

Die Höhe der Rückkehrhilfe beträgt 10500 Mark zuzüglich 1500 Mark für jedes Kind. Vom zweiten Monat der Arbeitslosigkeit an reduziert sich, wenn der Ausländer nicht gleich ausreist, der Grundbetrag von 10500 Mark pro angefangenen Monat des Leistungsbezugs um 1500 Mark, im Anschluß an Kurzarbeit um 750 Mark. Diese Abzüge werden allerdings erst ab Anfang Januar 1984 vorgenommen und entfallen, wenn die Kinder und der Ehegatte erst später ausreisen, um beispielsweise noch das Ende des Schuljahres abzuwarten. Spätester Ausreisetermin für die ganze Familie ist allerdings der 30. September 1984.

Wenn auch der Ehepartner gearbeitet hat und von Kurzarbeit betroffen ist oder durch Konkurs bzw. Betriebsstillegung arbeitslos wird, dann kann er ebenfalls die Rückkehrhilfe von 10500 Mark erhalten. Der Kinderzuschlag hingegen wird für die Ehegatten nur einmal gewährt.

Spareinlagen

Arbeitnehmer aus den oben genannten Ländern dürfen bei der Rückkehr auf Dauer über ihre staatlich begünstigten Spareinlagen in Form von Bausparverträgen, Sparverträgen oder vermögenswirksamen Lebensversicherungsverträgen bereits vor Ablauf der Festlegungsfristen ohne Verlust der staatlichen Vergünstigungen verfügen.

Altersversorgung

Ausländer, die schon nach geltendem Recht Anspruch auf Beitragserstattung aus der gesetzlichen Rentenversicherung haben (Koreaner, Marokkaner, Portugiesen, Tunesier, Türken), können am 1. Oktober 1983 ohne die bisher übliche Wartezeit von zwei Jahren ihre Arbeitnehmerbeiträge von der Rentenversicherung zurückbekommen. Eine Abfindung unverfallbarer Anwartschaften aus der betrieblichen Altersversorgung muß mit der betrieblichen Alterskasse ausgehandelt werden.

Antragsfrist

Die Rückkehrhilfe und die Beitragserstattung aus der Rentenversicherung müssen bis 30. Juni 1984 beantragt werden. Die Ausreise hat dann spätestens bis Ende September 1984 zu erfolgen. Die Frist 30. Juni 1984 gilt nicht für die Verfügung über Spareinlagen und die Abfindung aus der betrieblichen Altersversorgung.

Bewährt

Michael Kühnen, Anführer der Nazi-Bande ANS, stand in Braunschweig wegen uneidlicher Falschaussage vor Gericht. Er wurde verurteilt — die Strafe aber „auf Bewährung" ausgesetzt. Acht Monate Haft und 1200 DM Geldstrafe, aber Kühnen läuft immer noch frei herum. Er erklärte vor Gericht, er halte seine politische Arbeit für richtig und werde seine Aktivitäten auch künftig fortsetzen.

Das kann er ja nun auch. Dank der bewährten deutschen Rechtsprechung.

Faschistoid

Die Westberliner Senatorin für Familie, Schulwesen und Sport wacht über das Wohlergehen der Kinder. Und wie. Frau Hanna-Renate Laurin verteidigte dieser Tage ihre Äußerung, wonach sich Lehrer, die Schüler zur Teilnahme an Friedensdemonstrationen auffordern, „faschistoid" verhalten. Niemand wolle die Ziele der Friedensbewegung mit der Nazizeit vergleichen, erklärte sie vor der Synode der Westberliner evangelischen Kirche. Aber die Methode, Kinder in der politischen Auseinandersetzung zu mißbrauchen, werde von vielen, so zum Beispiel auch in einem Lexikon der DDR (was sie besen Frau Laurin doch ist!) als „faschistisches Verhalten" gewertet. Vertretbare Zwecke rechtfertigten keine unvertretbaren Mittel, meinte die Senatorin.

Sie hält Frieden also durchaus für ein vertretbares Ziel. Aber daß sich schon Schüler dafür einsetzen, das geht zu weit. Das steht nicht im Lehrauftrag der christlichen Hanna. Sonst wird der Frieden eines Tages womöglich von einem (noch) tolerierten Denkmodell zur Wirklichkeit. Und das wäre doch eine verdammt einseitige Sache.

Mit ihren Ausführungen zum Thema Faschismus, die sich würdig in die ihres Parteigenossen Geißler einreihen, hat sie auch auch wertvolle Hilfe für eine Vereinfachung des Geschichtsunterrichts gegeben. Die „nicht-faschistoiden" Lehrer, die, die nie auf den Gedanken kämen, ihre Schüler für den Frieden gewinnen zu wollen, werden es ihr danken.

Heil Hanna

Panne

Der Mann, der den Aufstand am 20. Juli 1944 nie-

Aufgespießt

Gen. Major Otto Ernst Remer
Der Mann, der den Aufstand vom 20. Juli 1944 niederschlug, hat noch Termine frei für seinen packenden Vortrag. Terminvereinbarung: Verein für Zeitgeschichte, c/o Berger, Agilolfinger Platz 4, 8000 München 90, Telefon 089 / 65 37 54.

Anzeige in Ausgabe 11/83 der offiziellen Verbandszeitschrift „Die Bundeswehr" des „Deutschen Bundeswehr-Verbandes".

derschlug ... Daß der mit einer Anzeige im Magazin „Die Bundeswehr" für einen Vortrag über seine faschistische „Heldentat" werben konnte, erklärten die Herausgeber schnell zur „Panne", nachdem dieser empörende Vorfall der Öffentlichkeit bekannt gemacht worden war.

Daß sich ein Mann wie Ernst Remer heute überhaupt noch mit seinen Taten brüsten kann, kann allerdings keinesfalls als Panne bezeichnet werden. Das gehört zum Charakterbild dieser Republik.

Unterwandert

Mit bemerkenswerten Behauptungen trat Anfang November der Westberliner Vorsitzende der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund (PDB), Egon Franke, hervor. Aus Anlaß der (wenigen!) Prozesse gegen polizeiliche Todesschützen erklärte er, manche deutschen Gerichte seien an ihrer Basis von „extrem linken Kräften unterwandert". „Der Gang durch die Institutionen in den unteren Ebenen ist abgeschlossen". Manche Gerichte stünden bereits nicht mehr auf dem Boden der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung". Einem Schöffengericht, das ein Verfahren gegen einen Polizeibeamten, der seinen hölzernen Schlagstock auf den Köpfen zweier Demonstrantinnen kaputtschlug, wegen des Verdachts auf versuchten Totschlag an ein Schwurgericht verwies, warf er „Feigheit" vor. Gleichzeitig forderte er gemeinsam mit dem Bundesgeschäftsführer der PDB, Paul Grimm, eine Verschärfung des Demonstrationsrechts, das „Vermummungsverbot" und die Einführung „distanzhaltender" Mittel (Gas, Gummigeschosse usw.).

Es wäre falsch, zu unterstellen, der PDB sei etwa in letzter Zeit von „extrem rechten Kräften unterwandert" worden. Franke, Grimm und Kameraden sind schon länger drin. Würdige Schutzmänner für die FDGO.

Schluß mit dem Datenschutz

Über das Schicksal der „Volkszählung" wird noch beraten, der neue computerlesbare Personalausweis wird vorbereitet. Auf daß die Diskussion über die Verdatung der Bundesbürger nicht langweilig werde, gelangten Einzelheiten eines Gesetzentwurfes für die Neufassung des Datenschutzgesetzes an die Öffentlichkeit, der bereits in den Schubladen des Innenministeriums liegt.

Bürgeranfragen nach gespeicherten Daten bereiten nur „zusätzliche Arbeit und zusätzliche Kontrolle", weiß Zimmermanns Sprecher Wighard Härdtl zu berichten. Konsequenz: Sie sollen von vornherein weitgehend unmöglich gemacht werden. Nicht der Bürger soll vor unrechtmäßiger Datenspeicherung geschützt werden, sondern Polizei, Geheimdienste und Verfassungsschutz vor dem Interesse der Bürger. So soll es grundsätzlich kein Recht mehr geben, vom Bundeskriminalamt irgendeine Auskunft über dort gespeicherte Daten zu bekommen. Die Auskunftsverweigerung muß nicht begründet werden.

In gewisser Hinsicht soll der Zugang zu den Daten der Bundesbürger dennoch einfacher werden. Das erläuterte der hessische Datenschutzbeauftragte Simitis in einer Stellungnahme zum Gesetzentwurf: „Offenkundig ist ... die Tendenz, Unternehmern zu erleichtern, Arbeitnehmer- und Kundendaten für Werbezwecke weiterzugeben." Der „Stern", der mit Simitis sprach, schreibt dazu: „Ausdrücklich ‚für Zwecke der Werbung oder der Markt- und Meinungsforschung', so der Entwurf aus dem Hause Zimmermann, sollen bald Listen von ‚Personengruppen' die Runde machen dürfen: mit Namen, Titeln und Geburtsdaten, Anschrift und Telefonnummer gleich mit ausgedruckt." Demgegenüber fällt auf, wie der Bremer Datenschutzbeauftragte Büllesbach es ausdrückte, „daß der Entwurf kein Wort sagt zum Arbeitnehmerschutz, zu den Personalinformationssystemen, mit denen immer mehr Betriebe ihre Angestellten überwachen".

Eines kann man als gesichert ansehen: Nicht nur für die Wirtschaft wird es Wege durch den für Normalbürger undurchdringlichen Datendschungel geben. Alle Wege zu ungehindertem und unkontrollierbarem Zugang, zu beliebiger Verknüpfung von Daten stehen den Überwachungsbehörden des Staates offen.

800 Polizisten beim ersten Krefelder Prozeß

Die „Krefelder Krawalle" — allgemein übliche Bezeichnung für die militante Demonstration gegen den Besuch des US-Vizepräsidenten und ehemaligen CIA-Chefs Bush in Krefeld am 25. Juni — finden jetzt ein gerichtliches Nachspiel. Am 10. November begann der Prozeß gegen den seit vier Monaten in Untersuchungshaft sitzenden Holger Dahlke.

Der Detmolder Student soll in Krefeld dabeigewesen sein. Anläßlich seines Auftritts im Gericht ließ die Staatsmacht dort ein für NRW beispielloses Polizeiaufgebot auffahren: 800 Polizisten in Uniform und in Zivil sollen insgesamt auf den Beinen gewesen sein. Das Landgericht und die umliegenden Straßen sahen aus wie im Belagerungszustand. Kontrolliert wurde schon am Bahnhof und auf den Zufahrtsstraßen: Man wollte „Sympathisanten" aufschreiben und einschüchtern. Einige Personen wurden vorübergehend festgenommen. 150 Menschen trafen schließlich im Gericht ein, um dem Prozeß beizuwohnen, nur etwa 40 wurden nach längerem Hin und Her und gründlicher Durchsuchung eingelassen.

Verschiedene Befangenheitsanträge gegen das Gericht wurden abgeschmettert. Holger selbst, der mit einem Stock auf einen Polizisten eingeschlagen haben soll, sagte zur Sache nichts aus — er sei ein politischer Gefangener, der sich der Justiz in der Bundesrepublik nicht unterwerfe. Er sei nicht gewillt, vor irgendeinem Gericht über sein Handeln und seine Ziele Rechenschaft abzulegen.

Antifaschisten in Vorbeugehaft

Presseerklärung aus Krefeld

Mitglieder verschiedener demokratischer Initiativen sind dem Aufruf des Komitees gegen Ausländerfeindlichkeit gefolgt, in der Nacht vom 09. zum 10. November (45. Jahrestag der Reichskristallnacht) in Krefeld auf neonazistische Umtriebe zu achten und gegebenenfalls die Polizei einzuschalten.

Gegen 1.30 Uhr wurden fünf Personen, die sich zum Schutze unserer ausländischen Mitbürger auf der Lewerentzstraße aufhielten, ohne Angabe von Gründen festgenommen. Die festgenommenen Personen führten zum Schutze gegen die bekanntermaßen zu Gewalttätigkeiten neigenden Neonazis Schutzhelme und Stöcke mit. Dies veranlaßte die Polizei offensichtlich zu einer rüden und unverschämten Behandlung, obwohl der Polizei sehr wohl aus einem offenen Brief an den Oberbürgermeister, der auch in der Krefelder Lokalpresse veröffentlicht worden ist, und aus Äußerungen anderer Teilnehmer der Anlaß der nächtlichen Wachaktion bekannt war.

Der Kontakt zwischen den Festgenommenen wurde in brutaler Weise mit Hinweis auf die Anwendung der chemischen Keule unterbunden. Die fünf Betroffenen wurden bis zum nächsten Tag um 11.00 Uhr in Vorbeugehaft genommen, ohne daß ihnen ein Grund für die Verhaftung genannt wurde. Zudem wurde ihnen trotz mehrfacher Bitte grundlos verweigert, ihren Anwalt von der Verhaftung in Kenntnis zu setzen.

Zu der stundenlangen Ungewißheit kam noch der Aufenthalt in kalten, menschenunwürdigen Zellen, ausgestattet mit Holzkästen als Liegen, ohne Decken und mit permanenter Scheinwerferbestrahlung. Als eine Mutter sich nach dem Verbleib ihres Sones erkundigte, wurde sie abgespeist mit Worten wie: Was tut denn Ihr Sohn auch noch um halb zwei auf der Straße.

Auf den offenen Brief an den Oberbürgermeister erhielt das Komitee gegen Ausländerfeindlichkeit eine Antwort der CDU-Fraktion, in dem zu lesen steht: Alle Maßnahmen, die sich gegen unsere ausländischen Mitbürger richten, sind ebenso gegen ihre Grundwerte — Freiheit, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität — gerichtet.

Sieht so die Freiheit, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität à la CDU aus?

Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserb

Balkan — atomwaffenfrei?

Vor mir liegen die „Albanischen Hefte" 4/83 mit ihrer Dokumentation eines Briefwechsels zwischen Athen und Tirana.

Ich entnehme dieser Dokumentation, daß die griechische Regierung eine atomwaffenfreie Zone auf dem Balkan vorschlägt, während die albanische Regierung mit vordergründig prinzipienfesten, in Wirklichkeit mit den abstrusesten Begründungen diesen Vorschlag ablehnt.

Eine atomwaffenfreie Zone auf dem Balkan sei illusorisch und hätte keine praktischen Auswirkungen, weil die anderen Balkanstaaten aggressiven Militärbündnissen angehören, bzw. im Fall Jugoslawiens mit beiden Supermächten zusammenarbeiten.

Erst, wenn alle Balkanstaaten aus den bestehenden Militärbündnissen austreten und jegliche militärische Zusammenarbeit mit den beiden Supermächten beenden, seien Verhandlungen über den griechischen Vorschlag möglich.

Außerdem sei der Balkan noch nie von überregionalen Kriegen verschont geblieben.

Ich dagegen bin unter allen Umständen für eine atomwaffenfreie Zone auf dem Balkan.

Erstens aus ganz eigennützigen Gründen, denn dieses Beispiel würde der Friedensbewegung vor Augen führen, daß dieses ein realistisches Ziel ist und uns neue Kräfte geben. Gerade auch für die Friedensbewegung in der DDR wäre es eine erhebliche Unterstützung, da an einer atomwaffenfreien Zone auf dem Balkan auch zwei Warschauer-Pakt-Staaten beteiligt wären.

Zweitens würde es den imperialistischen Regierungen wie Schweden, Dänemark, Niederlande, Ungarn mehr Spielraum geben für Vorschläge wie den von Schweden, einer atomwaffenfreien Zone in Nordeuropa.

Drittens würde es die Kriegsgefahr auf dem Balkan herabsetzen und wäre ein starker Ansporn für die antimilitaristischen Bewegungen auf dem Balkan.

Falls die Albaner recht behalten würden und der Erklärung einer atomwaffenfreien Zone auf dem Balkan würden durch die bürgerlichen und bürokratischen Regierungen keine Taten folgen, so würden sich zumindest einige Illusionen, die die Völker über diese Regierungen haben, verflüchtigen.

Aber Albanien sagt Nein und verhindert dadurch konkrete Schritte gegen die Kriegsgefahr oder zumindest Bewußtseinsbildungsprozesse bei den betroffenen Völkern.

Daß die albanische Regierung auch anders kann, zeigen die guten Beziehungen zur faschistischen Militärdiktatur in der Türkei. Hier scheint man sich auf einmal gar nichts mehr aus Prinzipien zu machen.

Mit freundlichen Grüßen,
A. B., Leverkusen

Bedauerlich

Ich möchte euch hiermit mitteilen, daß ich mein bis zum Jahresende laufendes Roter-Morgen-Abonnement kündigen möchte.

Ich habe den „Roten Morgen" seit 1977 abonniert, und er hat mir oft in Auseinandersetzungen geholfen.

Obwohl ich nicht in allen politischen Einschätzungen mit dem RM übereinstimme, hat die Kündigung des Abonnements keinerlei politische Gründe. Ich habe mich, obwohl ich meinen Arbeitsplatz noch behalten habe, hauptsächlich selbstverschuldet, kurzfristig in finanzielle Schwierigkeiten gebracht und muß daher im Augenblick an allen Ecken und Enden sparen, leider auch beim „Roten Morgen".

Ich werde mir in Zukunft den RM und andere Materialien der KPD über die Genossen am Ort bzw. die örtliche Kontaktstelle ab und zu besorgen, d.h. wenn wichtige Artikel drinstehen.

Was mich trotz des oft sehr informativen Charakters des RM zur Zeit am meisten stört, ist, daß ihr offensichtlich wichtigen grundsätzlichen Auseinandersetzungen aus dem Weg geht. Ich meine damit Fragen wie Diktatur des Proletariats, Zukunft einer kommunistischen Bewegung in der BRD oder die grundsätzliche Aufarbeitung der eigenen Parteigeschichte.

Von dem Anspruch, alles perfekt einzuschätzen und ein 100prozentiges, scheinbar wasserdichtes Dogma zu haben, seid ihr hoffentlich weg. Eure Diskussionsergebnisse könnten für viele Revolutionäre wichtig sein und zur Reorganisation vieler Leute in einer Organisation neuen Typs dienen.

Trotz des unerfreulichen Anlasses meines Schreibens viel Erfolg, mit revolutionären Grüßen
R. B., Düsseldorf

Neu: Freies Landvolk



Nr. 22 / November 1983
Einzelpreis 1,50 DM, Jahresabo 12,— DM (sechs Ausgaben plus Porto). Aus dem Inhalt der neuen Ausgabe: Bergbauernhilfe — Milchquoten — „Bauern gegen Nachrüstung" — Gemeinsam für den Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft (Diskussion um die Einheit der Agraropposition) — u.v.a.m. Bestellungen an: Gerd Coldewey, Seefelder-Außendeich 26, 2883 Stadland 3

Spendenkampagne 30000 DM für den RM

Spenden für den Roten Morgen — Jetzt noch einfacher!

Mal ehrlich! Wieviele von Euch haben schon zigmal diese Spalte gelesen und gedacht, nächste Woche schiebe ich dem Roten Morgen was rüber — und doch wieder vergessen. Dagegen haben wir jetzt ein geeignetes Mittel: Spenden im Lastschriftverfahren! Ihr braucht nur einmal den Ermächtigungszettel auszufüllen und schon könnt Ihr Eure Spenden vergessen — wir erledigen das für Euch.
Also: Wer regelmäßig etwas zur Unterstützung des Roten Morgen tun will, der füllt noch heute die Einzugsermächtigung aus.
Nebenbei: Mit Spenden aus Lastschriften können wir fest kalkulieren.

Spenden für den ROTEN MORGEN sind bei der Lohn- und Einkommensteuer absetzbar. Spenden sind bis zu einer Höchstgrenze von 1800,— DM (Ledige) bzw. 3600,— DM (Verheiratete) absetzbar. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen.

Spenden bitte überweisen an die:
KPD 4600 Dortmund 30, Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199)
Kto.-Nr. 321004547
Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046)
Kto.-Nr. 6420-467

Ermächtigung zum Einzug von Spenden durch Lastschriften

An die
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30

Hiermit ermächtige ich euch, widerruflich, monatlich eine Spende für den Roten Morgen in Höhe von .... DM zu Lasten meines Girokontos Nr. ....

bei (genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts) ....

Bankleitzahl ....
durch Lastschrift einzuziehen.
Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

....
(Name, Vorname, genaue Anschrift)

....
Ort, Datum Unterschrift

Jetzt ist die erste Nummer fertig!

KIZIL SAFAK

Der „Rote Morgen" in türkischer Sprache — „Kizil Safak" — eine eigene Zeitung für türkischsprachige Kolleginnen und Kollegen. Nach einigen Schwierigkeiten bei der Umstellung vom früheren RM-Anhang zur jetzigen Monatszeitung — der beabsichtigte Start schon im September hat nicht geklappt, wir bitten alle Freunde unserer Zeitung um Entschuldigung — liegt jetzt die erste Nummer vor.

„Kizil Safak" kostet im Jahresabonnement (12 Ausgaben, inclusive Porto) 9,— DM.

Einzelbestellung: —,50 DM zuzüglich Porto. (Probeexemplar kostenlos)

Bestellungen an: Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30, Tel.: (0231) 433691

Abonniert die Wochenzeitung der KPD

Hiermit bestelle ich: Abonnement(s) ... ab Nr. ....

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich 60 DM
○ halbjährlich 30 DM

○ Ich lege Post/Bankscheck bei über DM ....
○ Ich habe den Betrag von DM .... an den Verlag überwiesen
○ Ich bitte um Vorausrechnung

Name Vorname ....
Straße ....
PLZ/Ort ....

Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.
Bankverbindungen: Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000290 (Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461



Anti-NATO-Kleber

Die KJD hatte für die Friedenswochen Anti-NATO-Kleber herausgegeben. Aufgund der großen Nachfrage, laufen jetzt in der Druckerei die Maschinen wieder warm. Wer hat noch keine Kleber? Wer möchte noch die guten Anti-NATO-Ami-Raketen-Kleber? Acht verschiedene Kleber auf einem Bogen. Der Bogen kostet Stück 80 Pfennig. Bestellungen an: KJD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30.

Arbeiterpolitik

in Betrieb und Gewerkschaft

Jede Woche neu!

- unterstützt
- dokumentiert
- analysiert

und kritisiert



ZEITUNG DER KPD

RM Verlag, Postfach 300526, 46 Dortmund 30

Kein Frieden mit der NATO!

Wir stellen hier ein Papier vor, das auf der Kölner Aktionskonferenz der Friedensbewegung von einigen Teilnehmern verbreitet wurde. Es dokumentiert die wachsende Auseinandersetzung mit der NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik, wobei es die in letzter Zeit deutlicher zutage tretende Kriegsführungsstrategie des westlichen Bündnisses in die Argumentation einbezieht und die Notwendigkeit betont, den Bürgern der Bundesrepublik die daraus entstehende Bedrohung klarzumachen. Das würde der Friedensbewegung nicht schaden, sondern könnte ihr nur nützen und ihr neue Kräfte erschließen. Die Konsequenz der Verfasser: Forderung nach einseitiger Aufkündigung der NATO-Mitgliedschaft durch die Bundesrepublik.

Seit einigen Monaten wird in Kreisen der Friedensbewegung verstärkt diskutiert, ob der vielbeschworene Minimalkonsens, der das komplizierte Bündnis zusammenhält, nicht einer inhaltlichen Erweiterung bedarf. In diesem Zusammenhang wird auch die Forderung nach Austritt der BRD aus der NATO genannt. Es spricht einiges dafür, daß die Forderung nach Austritt aus der NATO in der nächsten Zeit auch über den linken Rand der Friedensbewegung und das unmittelbare Anhängerpotential der GRÜNEN hinaus auf Zuspruch stoßen wird. Von daher wäre die Erweiterung des Minimalkonsens um diese Forderung unseres Erachtens auch keine sektiererische Angelegenheit.

Führt mensch sich die zahlreichen Erhebungen bezüglich der Stationierung zu Gemüte, so fällt ihm auf, daß zwar bis zu 70 Prozent und mehr eine Stationierung der neuen eurostrategischen Atomwaffen beim Scheitern der Genfer Verhandlungen ablehnen, ein noch größerer Prozentsatz der Befragten allerdings gleichzeitig den Verbleib der BRD in der NATO befürwortet. Hieraus ergibt sich, daß auch die Mehrheit der Stationierungsgegner heute noch nicht dazu bereit ist, die Zugehörigkeit der BRD zur NATO in Frage zu stellen. Daß die neuen Raketen Bestandteil einer aggressiven Kriegsführungsstrategie sind, wird heute noch von der Mehrheit der Bevölkerung nicht gesehen. Die mehrheitliche Zustimmung der Bevölkerung zur NATO beruht auf einer angenommenen Bedrohung der BRD durch den Warschauer Pakt. Das Dilemma der Friedensbewegung ist, daß ein Großteil der 70-Prozent-Mehrheit gegen die Stationierung die angebliche Bedrohung der BRD durch den Warschauer Pakt für größer erachtet, als die von der Stationierung und der damit verbundenen Kriegsführungsstrategie ausgehende Gefährdung unserer Existenz. Daß dies so ist, daß die totale Verweigerung jeder Beteiligung an militärischen Handlungen und deren Vorbereitung sich noch nicht als massenwirksame Alternative zur herrschenden Unsicherheitspolitik durchsetzen konnte, hat sich die Friedensbewegung letztlich selbst zuzuschreiben. Ganz offensichtlich ist es bislang der Friedensbewegung nicht gelungen, das tatsächliche Ausmaß der von der NATO und ihrer Politik ausgehenden Bedrohung zu vermitteln.

Doch sind hier Entwicklungen zu registrieren, die uns hoffen lassen. So ist laut Umfrage in der Bevölkerung ein wachsender Hang zur „Äquidistanz" auszumachen, was darauf schließen läßt, daß die Identifikation mit der NATO eher abnimmt. Und jenseits „linker" NATO-Austrittsbegründungen besteht unseres Erachtens die Möglichkeit, daß der sicherheitspolitische Konsens in der BRD in den kommenden Jahren einen Bruch erleben wird. Vorausgesetzt, es gelingt der Friedensbewegung, diesbezüglich eine radikale und populäre Strategie zu entwickeln. Die heute noch utopisch anmutende Forderung nach Austritt aus der NATO könnte dann eine für die Herrschenden unheilvolle Eigendynamik annehmen.

Der sicherheitspolitische Konsens wird zur Zeit — neben der Stationierung neuer eurostrategischer Atomraketen — insbesondere durch folgende strategische Überlegungen der USA und der NATO überstrapaziert:

a) Die Strategie der „horizontalen Eskalation", die einen Kriegsschauplatz außerhalb des NATO-Geltungsbereiches (Naher/Mittlerer Osten) mit einem potentiellen Kriegsschauplatz in Europa verknüpft.

b) Die „Airland-Battle"-Strategie, die den Übergang der NATO von der „Vorne"- zur „Vorwärts"-„Verteidigung" an der europäischen Zentralfront markiert. Der Strategie der „horizontalen Eskalation" wie der „Airland-Battle"-Strategie, der jeder defensive Charakter abzusprechen ist und die dem Warschauer Pakt unverhohlen mit einem „Präventivkrieg" und der Besetzung Osteuropas droht, ist bereits von Teilen der SPD widersprochen worden. Wir halten es allerdings für fatal, wenn die SPD-Führung einerseits das „Airland-Battle"-Konzept für nicht konsensfähig erklärt, andererseits aber dem „Rogers-Plan" (der mit „Airland-Battle" direkt korrespondiert) unter dem Aspekt der „Entnuklearisierung des Gefechtsfeldes", die Ersetzung atomarer Waffen kurzer und kürzerer Reichweite durch modernes konventionelles Gerät und die Verlagerung des taktischen Nuklearpotentials von den Gefechtsfeldwaffen hin zu den Mittelstreckenraketen (gemäß der Strategie des „deep strike"), verfolgt einzig und allein den Zweck, den „Abschreckungsfrieden" an der europäischen Zentralfront aufzubrechen, um auch hier, im Schatten nuklearer Overkillpotentiale, den Krieg wieder führbar und siegreich gestaltbar zu machen. Mit den Bestrebungen der Friedensbewegung nach einem „atomwaffenfreien Europa" sollte dies alles herzlich wenig zu tun haben.

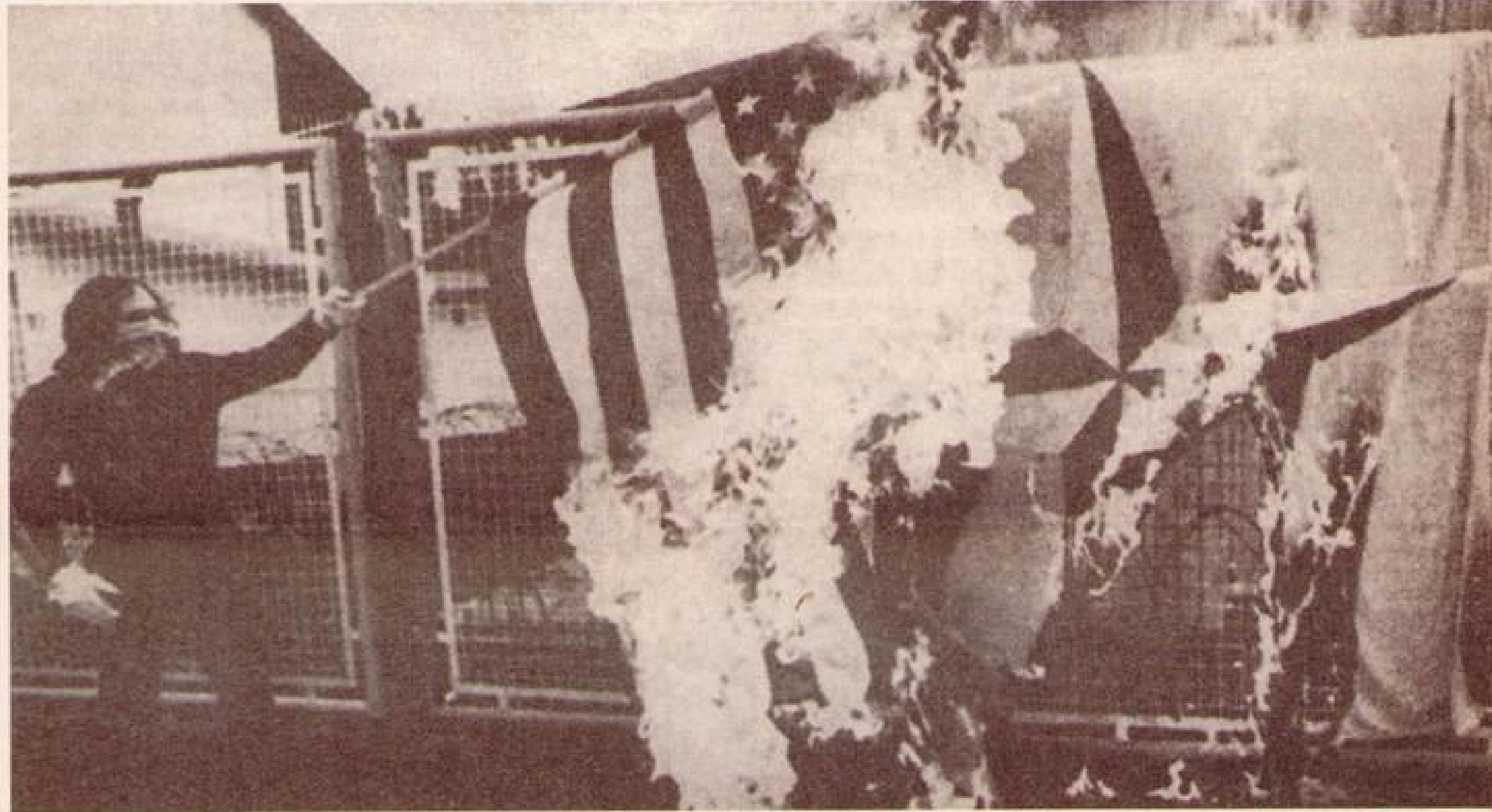
Um etwaigen, immer wieder beliebten Einwänden und Mißverständnissen vorzubeugen: Die Alternative zu einer „NATO-freien-Zone" BRD heißt nicht, eigenständige militärische Großmacht Westeuropa (oder BRD). Wir halten es für einen Ausdruck von Bildungsnotstand, wenn der Vorsitzende der Jusos die Forderung nach Austritt der BRD aus der NATO mit der Behauptung kontert, ein seitens der Friedensbewegung erzwungener Austritt der BRD aus der NATO würde automatisch die eigenständige Imperialmacht BRD auf den Plan setzen. Ein derartiger Einwand unterstellt der NATO defensive Absichten und bändigendes Einwirken auf die Großmachtsehnsüchte der BRD. Es mag den Jusos entgangen sein, daß die BRD in den 13 Jahren sozialliberaler Regierungspolitik zur politischen, ökonomischen und militärischen Großmacht avanciert ist, die sich längst einen eigenen außenpolitischen Aktionsradius erkämpft hat. Die BRD ist Mitglied der NATO-Bündnis (und denkt auch gar nicht daran, diese Mitgliedschaft in Frage zu stellen), weil sich ihre aggressiven Absichten gegenüber der „3. Welt" und den Staaten des Warschauer Paktes mit denen der NATO insgesamt decken. Die innenpolitische Seite dieser ein und derselben Medaille besteht bekanntlich darin, daß hier Bedingungen durchgesetzt werden, die den Ausbeutungsbestrebungen einer herrschenden Minderheit dienen. Massenarbeitslosigkeit, Abbau von Sozialleistungen, Einführung der Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger, Rationalisierung, Automatisierung, Heimarbeit für Frauen bei gleichzeitiger Technisierung des Haushaltes einerseits und Rüstung zum Krieg zwecks Eroberung neuer Märkte andererseits sind Ausdruck einer menschenverachtenden Politik. Wir gehen davon aus, daß eine „NATO-freie-Zone" BRD von ihrer gesellschaftspolitischen Verfaßtheit her anders aussehen wird, als das zum „Krieg drängende" Gesellschaftssystem, mit dem wir heute konfrontiert sind.

Wir hielten es für schädlich, wenn die nun aufgenommene Debatte um einen NATO-Austritt der BRD in eine Debatte über „alternative Verteidigungsstrategien" oder über eine „bessere", weil „konventionell bewaffnete" und „regional begrenzte" NATO einmünden würde, wie dies Sozialdemokraten im Auge haben. Wir können es uns an dieser Stelle nicht verkneifen, darauf hinzuweisen, daß die Übernahme militärischer „alternativer Verteidigungsmodelle" durch die Friedensbewegung einen schweren Bruch mit dem heiligen Prinzip der Gewaltfreiheit zur Folge hätte.

Die Forderung nach Austritt aus der NATO muß seitens der Friedensbewegung einseitig und bedingungslos formuliert werden. Die Einlösung dieser Forderung darf nicht an die Bedingung der gleichzeitigen parallelen Auflösung des „anderen Blocks" geknüpft werden. Wir werden damit lediglich den historischen Ursachen der „Blockstruktur" und der gegenwärtigen „Blockkonfrontation" Rechnung tragen. Zudem verhält es sich mit der Auflösung der Blöcke nicht anders wie mit der Abrüstung: Fordert mensch Abrüstung global und als gleichzeitig zu erfolgenden Prozeß, kommt dabei gewöhnlich nichts anderes heraus, denn die Dinge heben sich dann nun einmal gegenseitig auf. Abrüstung im „anderen Block" erreichen wir nur dadurch, daß wir zunächst diesseits der Blockgrenze, vor unserer eigenen Haustür, reale Abrüstungsschritte durchsetzen, die im „anderen Block" werden wir dementsprechend nur erreichen, wenn wir zuvor „unsere" Blockstruktur aufkündigen.

So, wie die Dinge stehen, lautet für uns in den nächsten Jahren die Frage schlicht, einfach und unakademisch: to be or NATO be!

Dietrich Schulze-Marmeling, Werner Rätz, Jürgen Jacoby, C.E. v. Schmeling, Hans-Hermann Teichler, Bernd Weidmann



Ausdruck des Protests gegen Kriegstreiber und Völkermörder: Die Fahnen der USA und der NATO gehen in Flammen auf.

Der Kampf gegen die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik ist allerdings nicht einfach durch eine Steigerung der Militanz in der Friedensbewegung zu erreichen. Gerade dafür ist neben der notwendigen geduldigen Aufklärung und Popularisierung der Forderung nach NATO-Austritt das aktive Eingreifen der Arbeiterklasse erforderlich. Ohne Streiks bis hin zum Generalstreik, der auch zur Ablösung der gegenwärtigen Regierung führen müßte, ist dieses Ziel nicht zu erreichen. (Das wäre die wichtigste „Radikalisierung"!)

Willy oder was?

Zu großen Auseinandersetzungen über den Auftritt Willy Brandts auf der Volksversammlung in Bonn ist es innerhalb der Friedensbewegung gekommen. Das wurde auch auf dem Kölner Treffen deutlich, wo der Streit darum teilweise mit großer Schärfe ausgetragen wurde.

Während ein Teil der Anwesenden (das sogenannte DKP-Spektrum) Brandts Auftreten kritiklos begrüßte, sah ein anderer Teil (die Grünen und viele „Autonome") darin einen Verrat an den Grundsätzen der Bewegung.

Interessant die Information des Koordinierungsausschusses: In einem Gespräch, zu dem die SPD eingeladen hatte, hätten Brandt, Bahr und Glotz unter anderem versichert, bei einem eventuellen Auftritt in Bonn werde Brandts Rede ein „Aufruf zu einem Nein ohne jedes Ja, ohne Wenn und Aber" (so Gerd Greune) sein. Daran habe er sich dann nicht ganz gehalten. Hätte man das gewußt, hätte man sich die ganze Sache nochmal überlegt. Eines allerdings habe festgestanden: Von dem Moment an, da die SPD Brandt als Redner anbot, hätte sich kein anderer SPD-Mann, der vielen in der Friedensbewegung lieber gewesen wäre, mehr bereitgefunden, an seiner Stelle — also praktisch gegen ihn — zu sprechen. Auch Lafontaine nicht. (Was ganz sicher zutrifft.)

Es stellt sich die Frage, warum die Veranstalter nicht zum Beispiel bei der Ankündigung Willy Brandts in Bonn nicht ein paar Worte mehr über die Absprachen erwähnt haben, als den SPD-Führer nur als „Friedensnobelpreisträger" anzukündigen.

Bei all dem, auch unter Berücksichtigung der nicht ganz zufriedenstellenden Formulierungen Brandts, bleibt doch festzuhalten: Sein Auftreten hat Tausende ehrliche Friedensfreunde in den Reihen und in der Anhängerschaft der SPD mobilisiert. Erleichtert die Diskussion in und mit diesen Kreisen. Ist eine positive Entwicklung. Jetzt gilt es, unter Ausnutzung dieses Auftrittes, Druck zu machen, damit sie nicht steckenbleibt.

Und wir fragen die Anhänger der SPD: Willy Brandt hat in Bonn erklärt: „Wir stehen hier für die Mehrheit unseres Volkes"! Wie wahr. Aber wie verträgt sich diese Feststellung zum Beispiel mit der Weigerung der SPD-Bundestagsabgeordneten, für den Gesetzentwurf der Grünen über eine konsultative Volksbefragung zu stimmen? Ist nicht das Abstimmungsverhalten, das sie letzte Woche im Parlament an den Tag legten, ein Schlag ins Gesicht für alle, die Brandts Worte ernst genommen haben? Wer hat sich darüber freuen können, wenn nicht allein die Unionsparteien und ihre Hintermänner?

Solche Kritik wird überall laut, und das ist mehr als berechtigt. Den Herren Abgeordneten sollten die SPDler an der Basis kräftig auf die Füße treten. Die Mehrheit, für die die Hunderttausende in Bonn und anderswo am 22.10. auf der Straße standen, will und darf sich nicht zum Schweigen verurteilen lassen.

Immer mehr betriebliche Friedensinitiativen

Es war schon beeindruckend, wie sich auf der Kölner Konferenz die Bewegung der betrieblichen Friedensinitiativen darstellen konnten. Aus dem ganzen Bundesgebiet waren Vertreter solcher Initiativen angereist, meist aktive Gewerkschafter, die einen Einblick in die Probleme der Friedensarbeit in Betrieb und Gewerkschaft geben konnten, die konkrete Vorschläge machten, wie Belegschaften zu Aktionen zu bewegen sind und Beispiele für solche Aktionen am 5. und 19. Oktober brachten.

Wenn man jetzt nach dem vorherrschenden politischen Einfluß in dieser Bewegung fraft, lautet die Antwort eindeutig: DKP. (Natürlich nicht auf die Gewerkschaften und Gewerkschaftsaktionen zum Frieden insgesamt, da gibt klar die SPD den Ton an.)

Das sei erst mal einfach festgestellt. Wer hier Zeter und Mordio schreit, ist schlecht beraten.

Wenn man mit diesem Einfluß nicht einverstanden ist, muß man hier selbst aktiv arbeiten und im Rahmen der Zusammenarbeit und der Aktionen hier Überzeugungsarbeit leisten. Es ist doch so, daß ein großer Teil der Friedensbewegung, der Grünen und der „Autonomen" diesen Bereich weitgehend der DKP *überläßt*. Die schlichte Argumentation: „Die Friedensbewegung hat jetzt vier Jahr lang auf Masse, auf Verbreiterung gesetzt; wir sind vier Jahre lang immer mehr geworden, und die Stationierung beginnt trotzdem; jetzt muß Schluß sein mit ‚Masse' und ‚Breite', jetzt ist Radikalität angesagt" macht es gerade hier der DKP ziemlich einfach.

„Bei uns ist das Potential des Widerstandes noch längst nicht ausgeschöpft, so erklärten viele Kollegen. In den Betrieben und Gewerkschaften wird aber letztlich über den Erfolg der Friedensbewegung entschieden. Hier vor allem gilt es zu mobilisieren, alle Möglichkeiten zur Aktion aufzugreifen. Wer sich mit „atomwaffenfreien Betrieben" und Mahnminuten gar nicht erst abgeben will, wird nie zum Generalstreik kommen.

Solidarität mit der DDR-Friedensbewegung

Tumultartige Situationen gab es auf der Kölner Konferenz, nachdem ein Vertreter der Grünen den Vorschlag gemacht hatte, die Teilnahme eines Vertreters der unabhängigen Friedensbewegung der DDR auf der Kundgebung in Bonn am 21.11. zu beschließen.

Die führenden Vertreter der DKP wetterten in ständig steigender Erregung gegen diesen Vorschlag. Dabei bemühten sie sich, möglichst nichts Inhaltliches zu sagen, sondern den Antrag mit allen möglichen Tricks vom Tisch zu bekommen. Wenn man über einen Redner spreche, müsse man auch über alle anderen beschließen, und dazu sei keine Zeit. So und ähnlich platt ging das zu. Der schließliche Höhepunkt: Ein DKP-Mann schrie in den Saal, er wüßte schon, was diejenigen beabsichtigten, die „uns" diese Diskussion aufzwingen und damit angeblich von den Ami-Raketen ablenken wollten: „Das ist der Versuch, den Atomkrieg führbar zu machen!" — Da war was los ...

Der Beschluß fiel gegen die DKP. „Hoch die internationale Solidarität" und Lachen bei der knappen Mehrheit, nach kurzer Zeit der Verblüffung von den anderen gekontert mit „Weg mit den US-Raketen". Für einen Außenstehenden sicher ein besonders absurdes Spektakel.

Aus: Kommunistische Hefte Nr. 7

EG — Europa der Monopole EG — USA: Konkurrenz und Partnerschaft

Der folgende Artikel ist ein Teil der umfangreichen Darstellung der Europäischen Gemeinschaft, die in der neuesten Ausgabe des theoretischen Organs der KPD fast 100 Seiten einnimmt.

Der von uns ausgewählte Teil soll nicht nur als Leseprobe dienen und Anreiz sein, die gesamte Darstellung zu lesen, sondern vermittelt auch für sich einen guten Überblick über die Probleme zwischen EG und den USA.

In den Beziehungen zwischen den USA und der EG machten sich die Auswirkungen des Gesetzes der ungleichmäßigen Entwicklung besonders deutlich bemerkbar. Die nahezu vollständige Hegemonie der USA über die kapitalistische Welt in der unmittelbaren Nachkriegszeit geriet immer mehr in Widerspruch mit dem sich wandelnden internationalen Kräfteverhältnis.

Die imperialistischen Länder Westeuropas und Japan konnten den beträchtlichen Abstand im Niveau der Produktivkräfte gegenüber den USA deutlich verringern, was die Grundlage für ein besonders rasches Wachstum der industriellen Produktion in diesen Ländern und eine im Vergleich zu den USA stärkere Expansion auf dem Weltmarkt bildete. 1950 machte das Industriepotential der späteren sechs EWG-Länder weniger als ein Drittel des amerikanischen aus, gegen Ende der siebziger Jahre war es bereits auf 70 Prozent des amerikanischen Potentials angewachsen.

Besonders spektakulär waren die Positionsgewinne der EG (und auch Japans) auf dem Weltmarkt. 1950 erzielten die USA etwa den gleichen Außenhandelsumsatz wie die späteren EWG-Länder, 1976 war deren Außenhandelsumsatz bereits auf das Dreifache des amerikanischen angeschwollen. 1980 verteilten sich die Anteile am Welthandel (ohne „sozialistische" Länder) wie folgt: USA 11,8 Prozent, EG 36,1 Prozent, Japan 7,1 Prozent, wobei allein die BRD einen Anteil von 10,6 Prozent erzielte. Diese Zahlen spiegeln jedoch nicht genau die Positionen auf dem Weltmarkt wider, weil sie unberücksichtigt lassen, daß ein nicht unerheblicher Teil gerade der EG-Exporte von Filialen amerikanischer Multis getätigt wird.

Die Schaffung eines Gemeinsamen Marktes mit relativ hohen Außenzollmauern hat den Warenexport der USA nach Westeuropa erheblich erschwert. Nicht zuletzt deshalb ist der amerikanische Kapitalexport stark angewachsen; er erreichte in die EG 1976 ein Volumen von 55,9 Milliarden Dollar (gegenüber 1,7 Mrd. 1950). In den siebziger Jahren allerdings haben umgekehrt die EG-Imperialisten auch ihre Kapitalexporte in die USA beträchtlich gesteigert; in besonderem Maße gilt das für die BRD: hier standen 1981 amerikanische Investitionen in Höhe von 20,7 Milliarden Mark westdeutschen Investitionen in den USA mit einem Volumen von 19,1 Mrd Mark gegenüber.

Mit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise und der Verschlechterung der Verwertungsbedingungen des Kapitals verschärften sich die Konkurrenz und die Widersprüche zwischen den USA und der EG. Gestützt auf zwei starke Dollar-Abwertungen 1971 und 1973 unternahmen die US-Monopole eine allgemeine Offensive auf den westeuropäischen Markt, die verbunden war mit einem massiven Angriff auf die Mechanismen, mit denen sich die EG vor ausländischen Konkurrenten schützt (bei gleichzeitiger Verstärkung protektionistischer Maßnahmen in den USA selbst).

In besonderer Schärfe brachen die Widersprüche im Agrarhandel auf. Dieser Bereich des Warenaustauschs hat für die USA besondere Bedeutung. 20 Prozent der US-Exporte entfallen auf landwirtschaftliche Produkte. Zudem werden ausschließlich in diesem Bereich gegenwärtig Handelsüberschüsse erzielt. 1980 betrugen sie beispielsweise 23,2 Milliarden Dollar bei einem Defizit der Gesamthandelsbilanz von — 36,4 Mrd. Dollar. Schließlich spielt der Agrarhandel als ein Mittel zur Erpressung vor allem von Entwicklungsländern („Weizen als Waffe") auch eine bedeutende Rolle in der aggressiven amerikanischen Globalstrategie. Bei weitgehender Abschottung ihres eigenen Agrarmarkts ist die EG mit ihren wachsenden Überschüssen nach den USA zum zweitgrößten Agrarexporteur und gerade auf den Getreidemärkten der Dritten Welt zu einem starken Konkurrenten der USA geworden.

Die amerikanischen Imperialisten hatten seinerzeit der Errichtung des oben beschriebenen Agrarsystems der EG nur aufgrund von großen europäischen Zugeständnissen zugestimmt: In der sogenannten Kennedy-Runde war vereinbart worden, daß amerikanische Futtermittel zoll- und abschöpfungsfrei in die EG eingeführt werden können.

Heute sind die US-Imperialisten dabei, diesen Kompromiß aufzukündigen. Sie verlangen von der EG eine wirksame Begrenzung der landwirtschaftlichen Produktion und eine Beseitigung der Exportsubventionen. Bei diesen Forderungen geht es nicht mehr um einzelne Vorteile für US-Exporteure, sondern um die Existenz des EG-Agrarsystems selbst. Ein deutliches Beispiel für die aggressiven Methoden, mit denen die US-Imperialisten in den achtziger Jahren eigene Interessen auf Kosten der europäischen „Partner" durchsetzen wollen. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, haben die USA umfangreiche Subventionen ihrer Agrarexporte und damit der EG einen Preiskampf bis aufs Messer angekündigt. „Wir werden der EG eine Schlacht liefern, wo immer wir können", tönte Reagans Landwirtschaftsminister Block im vergangenen Jahr. Die ersten Niederlagen in dieser Schlacht hat die EG schon hinnehmen müssen. Die USA haben mit Ägypten Weizenmehllieferungen über eine Million Tonnen vereinbart — zu einem Preis, der mit 155 Dollar pro Tonne um 25 Dollar unter dem Weltmarktpreis liegt. Dadurch hat die EG mit einem Schlag ein Drittel ihrer gesamten Weizenmehlexporte eingebüßt.

KOMMUNISTISCHE HEFTE
Theoretisches Organ der KPD
EG — Europa der Monopole
Enver Hoxha: Neue Entwicklungen in der albanischen Landwirtschaft
7
Einzelpreis 6 DM

Inhalt des gesamten Artikels: EG — Europa der Monopole: Aspekte der wirtschaftlichen Integration / Der gemeinsame Agrarmarkt / Krise der politischen Integration / Militärische Beziehungen / EG — USA: Konkurrenz und Partnerschaft / Die Süderweiterung der EG / Der Neokolonialismus der EG / Austritt der BRD aus der EG / Schaubilder und Tabellen.

Heftige Auseinandersetzungen hat es (neben oben bereits erwähnten Bereichen wie der Atomtechnik) in letzter Zeit vor allem im Stahlhandel gegeben. In einem neun Monate andauernden „Stahlkrieg" im vergangenen Jahr drohten die USA mit drastischen Sonderzöllen gegen Einfuhren aus der EG. Im Oktober 1982 wurde dann ein Kompromiß ausgehandelt, wonach die EG für elf Erzeugnisse ihre Anteile auf dem US-Stahlmarkt von 6,3 auf 5,75 Prozent zurückschrauben muß.

Erhebliche Widersprüche zwischen den beiden imperialistischen Zentren haben sich vor allem auch in der Finanz- und Währungspolitik aufgebaut. Hier steht schon seit geraumer Zeit der Streit um die amerikanische Hochzinspolitik im Mittelpunkt, mit der die USA den Dollar stärken und als imperialistisches Gläubigerland Nummer Eins die Ausplünderung vor allem der Entwicklungsländer verschärfen wollen. (Nach Angaben von Bundesbankpräsident Pöhl schlägt sich die Anhebung oder Senkung des US-Zinsniveaus um jeweils nur einen Prozentpunkt auf dem Schuldenkonto allein der zehn höchstverschuldeten Entwicklungsländer mit vier Milliarden Dollar pro Jahr nieder.)

Für die EG-Länder entsteht aus dem hohen US-Zinsniveau der Zwang, ihre Zinsen ebenfalls hochzuhalten, um einen verstärkten Kapitalabfluß in die USA zu verhindern. Die hohen Zinsen sichern zwar den Bankmonopolen und anderen großen Geldverleihern Superprofite, sie wirken sich andererseits jedoch auch lähmend auf die allgemeine Entwicklung der Konjunktur aus. Wiederholte Vorstöße der EG-Regierungen in den vergangenen Jahren, zuletzt beim Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg, konnten die USA allerdings nicht zu einem Nachgeben in dieser Frage bringen.

Insgesamt wird in den Beziehungen zwischen USA und EG ein immer deutlicheres Bestreben der US-Imperialisten sichtbar, ihre alte Hegemonierolle wieder herzustellen. Bereits 1973 legte Henry Kissinger — damals Sicherheitsberater des US-Präsidenten — den Entwurf für eine „neue Atlantikcharta" vor, in der diese Hegemoniebestrebungen offiziell festgeschrieben werden sollten. Die EG-Imperialisten waren darin aufgefordert, die führende Rolle der USA im atlantischen Bündnis und ihre weltweite „Verantwortung" anzuerkennen; die Einflußsphäre der EG sollte sich ausschließlich auf die westeuropäische Region beschränken; der „militärische Schutz" der USA sollte von der EG mit wirtschaftlichen Zugeständnissen und verstärkten Rüstungsanstrengungen honoriert werden usw.

Angesichts des realen Kräfteverhältnisses zwischen der EG und den USA mußten die US-Imperialisten diesen Entwurf zwar wieder in der Schublade verschwinden lassen. Mit dem Machtantritt der Reagan-Leute haben jedoch die Bestrebungen wieder zugenommen, die Inhalte dieser Charta durchzusetzen und die EG-Länder wieder auf das Niveau von „Junior-Partnern" herabzudrücken. Das Ergebnis dieser Bemühungen ist eine zunehmende Verschärfung der Widersprüche zwischen beiden Zentren, die faktisch alle Bereiche ihrer Beziehungen erfaßt hat.

Das gilt — wie oben schon dargestellt — in besonderem Maß auch für die militärischen Beziehungen. In den sechziger Jahren hatte Strauß — um die BRD-Forderungen nach eigener Atombewaffnung zu begründen — festgestellt, daß die amerikanische „Sicherheitspolitik" von einer „anderen Interessenlage als der unseren bestimmt wird". Die gleiche Feststellung kann man heute, zwar nicht von der Strauß/Kohl-Partei, aber sonst von bürgerlichen Politikern aller Schattierungen aus den einzelnen EG-Ländern beinahe täglich wieder hören.

Tatsächlich gibt es im Rahmen der von den westlichen Imperialisten im gemeinsamen Klasseninteresse vorangetriebenen Kriegsvorbereitungen gegen das sowjetische Lager durchaus eine unterschiedliche Interessenlage. Während die westeuropäischen Imperialisten darauf orientieren, die USA von Anfang an in einen militärischen Konflikt mit dem Warschauer Pakt hineinzuziehen, sind die US-Imperialisten bestrebt, einen möglichen Krieg in Europa so weit wie möglich auf diese Region zu begrenzen und somit die Risiken einseitig ihren „Partnern" aufzubürden. Die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen nimmt bekanntlich eine Schlüsselfunktion in diesen Bestrebungen ein, weshalb sich an dieser Frage nicht nur eine breite Volksbewegung, sondern innerhalb der EG auch Widersprüche im bürgerlichen Lager entzündet haben.

Ein weiteres zentrales Feld der Auseinandersetzung ist schließlich seit einigen Jahren die Ostpolitik. Gerade hier haben zunächst Carter, dann verstärkt Reagan den Hebel angesetzt, um einerseits die EG auf den neuen amerikanischen Konfrontationskurs festzulegen und andererseits den amerikanischen Einfluß auf Westeuropa zu stärken. In den ökonomischen Beziehungen zwischen den USA und der EG zum RGW bestehen beträchtliche Unterschiede. Vom gesamten Osthandel der in der OECD zusammengeschlossenen westlichen Industrieländer entfielen 1980 nur acht Prozent auf die USA, aber 86 Prozent auf Westeuropa. Besonders starke Positionen hat hier wiederum die BRD, wobei die Bedeutung des Osthandels für einige Industriezweige von erheblicher Bedeutung ist: Der Anteil der Ausfuhren allein in die Sowjetunion am Gesamtexport machte 1980 bei Werkzeugmaschinen 12, bei Stahlrohren 13 und bei Stahlblechen 11 Prozent aus.

Insgesamt haben die ökonomischen und politischen Beziehungen der EG zu den RGW-Ländern den Spielraum der EG-Länder erweitert und die Herausbildung eines eigenständigen imperialistischen Machtzentrums in Westeuropa begünstigt. Ziel der amerikanischen Boykottpolitik gegen das Erdgas-Röhren-Geschäft und in anderen Bereichen ist es nicht zuletzt, diesen Spielraum einzuschränken und die EG insgesamt wieder stärker an US-Interessen anzubinden. Damit sind aber erhebliche Eigeninteressen der EG berührt. In der Erdgas-Röhren-Frage widersetzten sich alle zehn EG-Mitgliedsländer einhellig den amerikanischen Pressionen. Und Gaston Thorn, Präsident der EG-Kommission, erklärte im Juli vergangenen Jahres vor dem Europäischen Parlament: „Mit Klauen und Zähnen, mit allen uns zu Gebote stehenden Rechtsmitteln und in allen geeigneten Gremien die legitimen Interessen der Gemeinschaft zu verteidigen, das ist unser Ziel."

Solche flammenden Worte blieben allerdings auf die Auseinandersetzung um das Erdgas-Röhren-Geschäft (in der die USA schließlich nachgeben mußten) beschränkt. Insgesamt hat sich die EG — mit Ausnahme Griechenlands — bei allen Widersprüchen dem amerikanischen Kurswechsel zu einer verschärften Konfrontation in den internationalen Beziehungen angeschlossen. Und das geschah durchaus nicht auf dem Wege der Unterordnung, sondern auf der Basis gemeinsamer imperialistischer Klasseninteressen.

Die Verschärfung der Konfrontation bezieht sich dabei nicht nur auf die Ost-West-Beziehungen, sondern auch auf das Verhältnis zu den Entwicklungsländern und auf die kollektive Reaktion gegenüber dem Klassenkampf in den westeuropäischen Ländern selbst. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß sich hier bereits in den siebziger Jahren eine relativ enge Arbeitsteilung zwischen den USA und der EG herausgebildet hat, bei der die EG (oder einzelne Mitgliedsländer wie vor allem die BRD) Aufgaben übernehmen, die früher der US-Imperialismus als „Weltgendarm" wahrgenommen hat.

Das betrifft zunächst die westeuropäische Region selbst, insbesondere den nördlichen Mittelmeerraum. Hier hat sich der US-Imperialismus als Ausbeuter und Hauptdrahtzieher faschistischer Diktaturen derart diskreditiert, daß er nicht mehr offen als „Ordnungsmacht" auftreten kann. Die Stabilisierung kapitalistischer Verhältnisse in Portugal, Spanien und Griechenland wurde in der kritischen Periode nach dem Sturz oder Zerfall der faschistischen Regimes weitgehend über die EG-Schiene betrieben (nicht zuletzt durch die Vorbereitungen für eine Einbindung dieser Länder in die Europäische Gemeinschaft). In bezug auf die Türkei hat besonders der BRD-Imperialismus Aufgaben bei der Festigung der Militärdiktatur übernommen (Organisierung der Finanzhilfe, Militärhilfe usw.), während sich die USA stärker als früher im Hintergrund halten konnten.

Diese gegen die Völker gerichtete imperialistische Kooperation und Arbeitsteilung hat sich jedoch längst über die westeuropäische Region hinaus ausgeweitet. Eines der jüngsten Beispiele dafür ist die amerikanisch-französische Intervention im Tschad. Bemerkenswert bei dieser imperialistischen Aggression war die Tatsache, daß Reagan — nachdem die US-Luftwaffe bereits zairische Söldner im Tschad gelandet hatte — Frankreich öffentlich zum bewaffneten Eingreifen aufforderte — mit dem Hinweis, der Tschad sei schließlich französisches „Interessengebiet".

Eine ähnliche Konstellation hat sich aus der Entsendung von Streitkräften aus EG-Ländern und den USA als „Friedenstruppe" in den Libanon ergeben. Während frühere im Rahmen der UNO im Libanon stationierte internationale Militärverbände sich im wesentlichen darauf beschränkten, Pufferstellungen zwischen den Bürgerkriegsparteien oder an der Grenze zu Israel aufzubauen, griffen die jetzigen amerikanischen und französischen Truppen unmittelbar und aktiv in den Bürgerkrieg ein — auf der Seite der faschistischen Milizen und der von der Faschistischen Falange dominierten Zentralregierung.

Eine solche Form der reaktionären Zusammenarbeit und Arbeitsteilung bei der militärischen Bekämpfung von Volksbewegungen in der Dritten Welt wird noch größere Dimensionen erreichen, wenn die vor allem von den USA und der BRD stark geförderten Pläne einer Ausweitung des NATO-Bereichs über die westeuropäisch-atlantische Region hinaus Wirklichkeit werden.

Aus: Kommunistische Hefte, Theoretisches Organ der KPD, zu bestellen bei Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30, Einzelpreis 6,— DM. Abonnement für vier Ausgaben: 27,— DM.

„Wahlecho"

Breit gestreut lag die Skala der Kommentare zum Ausgang der Wahlen in der Türkei. Nicht nur die bürgerliche Presse, auch linke Blätter stellten den Wahlsieg von Özals Vaterlandspartei als eine Ohrfeige für die Militärjunta dar.

Dagegen spricht vieles, was wir bereits in der letzten Woche ausführlich dargestellt haben. Sei es die sogenannte Verfassung, sei es die Nichtzulassung einer ganzen Reihe von Parteien oder Özals Dankadresse an Kenan Evren für dessen Verdienste um die Sicherheit des Landes, wie er es nannte.

Sicher: In einer solchen Diktatur, die sich den Anschein eines gewissen politischen Freiraums zu geben gezwungen ist, ist manche Entwicklung denkbar. Man kann hier auf Brasilien hinweisen. Auch dort schufen sich einst die Generale eine sogenannte Oppositionspartei. Nur daß sich im Laufe der Jahre alle wirklich oppositionellen Kräfte dann darin sammelten und sie zu einer echten Oppositionspartei machten. Aber man kann nicht darüber hinwegsehen wollen, daß Özals Partei genauso linientreu ist, wie er selbst, der ja lange genug die Wirtschaftspolitik in der Türkei — und zwar ganz im Sinne des Internationalen Währungsfonds — betrieb.

Der Boykottaufruf war, das muß man nach allem, was bisher bekannt ist, ohne weitere Informationen ausschließen zu wollen, sagen, ein Mißerfolg. Sicher: Es gab Stadtviertel, bezeichnenderweise in den großen Industriestädten, die sich weitgehend weigerten, zu dieser Pseudowahl zu gehen. Dagegen war die Wahlbeteiligung in den früheren Hochburgen der Linken auf dem Lande wesentlich höher — mit wieviel Zwang,weiß man noch nicht zu sagen. Es wäre aber sicherlich falsch, alles nur auf Zwang zurückführen zu wollen.

Die politische Überlegung, wenigstens gegen die Partei zu wählen, die Evren noch zwei Tage vor der Wahl, seinen angeblichen neutralen Status brechend, lautstark angepriesen hatte, hat hier sicher auch eine Rolle gespielt, bei einem Teil der Bevölkerung, der oppositionell eingestellt ist. Und natürlich ist — obwohl alles, was oben geschrieben wurde, gültig bleibt — natürlich auch etwas dran an der These von der Ohrfeige für Evren. Nicht, ganz bestimmt nicht, im Sinne einer Entwicklung zu mehr Demokratie usw.



Diese Propaganda stammt selbstverständlich aus den Meinungsmacherzentralen des westdeutschen Imperialismus, der sein häßliches Junta-Geschöpf in den Augen der Öffentlichkeit kosmetisch verschönern will. Für eine auch nur ansatzweise andere Beurteilung der Junta als der einer Militärdiktatur gibt es keinerlei Grund. Dies stellt nur den Versuch dar, die Finanzhilfe für den Faschisten Evren erneut zu rechtfertigen.

Sehr wohl aber etwas dran ist in dem Sinne, daß sich da politische Stimmungen ausdrücken, die keineswegs im Sinne Evrens und seiner Herren von der NATO sind. Die meisten der Wähler Özals haben ihn mit Sicherheit nicht wegen seiner objektiv gemachten Politik gewählt, der Politik der systematischen Verteuerung des Lebensunterhaltes, der Durchrationalisierung der Wirtschaft, die er genauso betrieb, wie es der westliche Imperialismus über sein Instrument IWF befahl. Wenn er sich nun als Sieger über die Inflation verkaufte, so darf dabei nicht übersehen werden, daß er erstens eine ganze Zeit lang kräftig daran arbeitete, sie zu steigern, daß er sie zweitens auf Kosten wachsender Arbeitslosigkeit eindämmte.

Nein, gewählt wurde er in erster Linie aufgrund wirtschaftspolitischer Versprechungen und zweitens aufgrund der eben scheinbar vorhandenen Opposition zu Evren und genau soweit drückt diese Wahl eben auch eine Stimmung gegen die Junta aus. Eine Stimmung — mehr nicht, denn natürlich zeugt dies nicht von besonderer politischer Klarheit. Aber es müßte ein Ansatzpunkt der wirklichen Opposition sein, genau zu prüfen, welche Punkte Özals es waren, die ihm Stimmen einbrachten, um so auch Ansatzpunkte für die Verbreiterung einer oppositionellen Strömung und die Vertiefung der da ausgedrückten Stimmungen zu schaffen. Für uns in der Bundesrepublik bedeutet dies selbstverständlich keine Änderung. Die Farce einer sogenannten Demokratisierung zu entlarven, die Wirklichkeit dieser faschistischen Militärdiktatur mit nunmehr parlamentarischen Anstrich zu zeigen, bleibt weiter eine der wichtigsten Aufgaben jeder Solidarität mit Volksbewegungen in der Türkei. Die entscheidende Unterstützungsrolle, die der westdeutsche Imperialismus bei der Errichtung und Aufrechterhaltung dieser Diktatur spielte und spielt zu bekämpfen, bleibt das Wichtigste für jede antiimperialistische Kraft in der BRD.

Nach der Wahl in Argentinien:

„Keine Auflagen, die sich gegen die arbeitende Bevölkerung richten ..."

Nach dem überraschend hohen Wahlsieg der Union Civica Radical (UCR — Radikale Bürgerunion) bei den argentinischen Präsidentschaftswahlen wird immer deutlicher, daß diese Partei mit der Kandidatur Alfonsins ihren früheren konservativen Charakter weitgehend geändert hat. Die bisherigen Bekundungen Alfonsins unterstreichen das.

Vor allem vier Punkte sind es, die den Hauptbestandteil seiner bisherigen Erläuterungen ausmachen.

Zum einen hat er eindeutig erklärt und versprochen, das Amnestiegesetz, mit dem sich die faschistischen Militärs schnell noch eine weiße Weste



besorgen wollten, aufzuheben und so den Weg frei zu machen für die Klärung und Bestrafung der zahllosen Verbrechen, die in diesen sieben Jahren geschahen. Zum zweiten geht es um eine Reform des Militärwesens an sich, die mit der Umstrukturierung der Führung beginnt — hier soll ein Oberst Chef des Generalstabs werden (was zur Folge haben müßte, daß alle bisher über ihm stehenden Offiziere in den vorzeitigen Ruhestand müssen, da der Chef des Generalstabs stets der höchste Offizier sein muß). Sollte diese Maßnahme tatsächlich durchgeführt werden, so wäre Alfonsins Vorgehen, etwa im Vergleich zu den Taten des PSOE-Regierung in Spanien in der Tat wesentlich konsequenter und mutiger.

Aber auch zwei entscheidende Punkte der Wirtschaftspolitik wurden genannt. Zum einen die Kürzung des Staatshaushalts in den Ausgabenbereichen „Verteidigung und Staatssicherheit", was für die gesammelte Reaktion des Landes und ganz Lateinamerikas ein Schlag ins Gesicht wäre. Und die Erklärung, daß man zwar bereit sei, die Auslandsschulden zu bezahlen. Aber, und dies ist besonders wichtig: Weder sei man bereit, den Verursachern der Verschuldung zu helfen und die Kapitalflucht zu vergessen, noch sei man bereit aus dem Ausland solche Maßnahmen und Auflagen anzunehmen, die sich gegen die arbeitende Bevölkerung auswirken würden — und dies wäre in der Tat eine nahezu Kriegserklärung an den US-Imperialismus und den gesamten Internationalen Währungsfonds. Zu den wichtigsten imperialistischen Gläubigern Argentiniens gehört auch die Bundesrepublik.

Auf verschiedenste Weise ist solch ein Regierungsprogramm, sofern es denn über das Stadium der Versprechungen hinaus wirklich werden sollte, von besonderer Bedeutung. Einmal für das Land selbst, für die weitergehende Beseitigung der Folgen der Militärdiktatur, für den Kampf gegen ihre Urheber und Hintermänner, gegen Großkapital, den amerikanischen, britischen und westdeutschen Imperialismus, für die Klärung der Fronten innerhalb der bei der Wahl geschlagenen peronistischen Bewegung, vor allem der peronistischen Gewerkschaftsbewegung. Zum anderen aber auch für ganz Südamerika. Als gewisses Vorbild für die neue Welle von Kämpfen in Chile und Uruguay, für den weitergehenden Kampf in Brasilien. Als Alternative zur antinationalen, kriecherischen Politik der großmäuligen Militärdiktatoren, die die Bevölkerung ebenso unterdrücken, wie sie vor ihren amerikanischen Chefs kuschen. Als internationale Kampfansage an das stetige Diktat des IWF.

Unter all diesen Gesichtspunkten sind vor allem eben diese vier Versprechungen Alfonsins von internationaler Bedeutung.

Presseerklärung

Hungerstreik der in der BRD lebenden Palästinenser

Die im folgenden abgedruckte Presseerklärung veröffentlichten die im Bonner Büro der Arabischen Liga Hungerstreikenden am dritten Tag ihrer Aktion. Wir geben sie hier wieder, einmal, um nochmals unsere Solidarität mit dem Kampf des palästinensischen Volkes, der PLO zum Ausdruck zu bringen. Zum anderen, weil sie die Entschlossenheit ausdrückt, trotz dieser ebenso massiven wie blutigen Terrorakte des syrischen Assad-Regimes den Kampf für die Rechte des Volkes von Palästina weiterzuführen, zu verhindern, daß die PLO ein Spielball ausländischer Mächte, gar eine Marionette Assads werde.

Bonn, den 9.11.83

Heute ist der 3. Tag unseres Hungerstreiks im Büro der Liga der arabischen Staaten in Bonn.

Die vergangenen beiden Tage erlebten die bisher schwersten syrischen Angriffe auf die Stellungen der PLO in Baddawi und Tripoli. An beiden Tagen schossen die syrischen Truppen mit schwerer Artillerie, Raketenwerfern und Panzern. 50 Geschosse pro Minute gingen auf das Lager Baddawi und die Vororte von Tripoli nieder.

Mehrere Vorstöße der syrischen Truppen, das palästinensische Lager mit Panzern zu erobern, wurden unter schweren Verlusten für die Angreifer zurückgeschlagen. Zahlreiche Panzer wurden hierbei zerstört, mehrere Panzerbesatzungen gefangengenommen. Unter den Gefangenen befindet sich auch ein hoher syrischer Offizier. Die syrischen Truppen sind trotz massiven Feuereinsatzes keinen Schritt vorangekommen.

Die Kämpfe sind heute morgen aufs neue entbrannt. Trotz des heftigen Artillerie- und Raketenbeschusses konnten die palästinensischen Streitkräfte ihr Gebiet halten und an einigen Stellen sogar erweitern. Wie schon in den vorherigen Tagen sind erneut Truppenteile der PLA (Hittin-Streitkräfte) zur PLO übergelaufen. Wir sind überzeugt, daß der mutige Widerstand und die Standhaftigkeit unserer palästinensischen Feddayin die einzige Garantie ist, einen Waffenstillstand zu erzwingen.

Die großen Demonstrationen des palästinensischen Volkes in den besetzten Gebieten und in den Flüchtlingslagern, gerade auch in Syrien — wo eine Anzahl von Demonstranten erschossen und zahlreiche andere verletzt wurden — haben vor aller Welt bewiesen, daß das palästinensische Volk entschlossen hinter der PLO und seiner gewählten Führung unter Yassir Arafat steht. Der syrische Versuch, die PLO zu liquidieren, ist gescheitert.

In allen europäischen Hauptstädten haben Palästinenser und Araber wie wir hier in Bonn ihre Solidarität und Unterstützung für die PLO zum Ausdruck gebracht. Palästinensische Gemeinschaften auf der ganzen Welt, sei es in Chikago oder Washington, in Bonn oder Paris, in Kuweit oder Amman, haben ihre Entschlossenheit bekundet, die Unabhängigkeit der PLO zu verteidigen.

Wir bekräftigen erneut, daß wir unseren Hungerstreik fortsetzen werden, bis die syrischen und libyschen Truppen die Belagerung der Flüchtlingslager und der Stadt Tripoli beenden. Wir Palästinenser sind überall, in Amman und Damaskus, in Tunis und Algier, in Europa und den USA. Wir werden unseren Kampf unter Führung unserer einzig legitimen Vertretung, der PLO, unter dem Vorsitz von Yassir Arafat fortsetzen, bis unsere legitimen nationalen Rechte verwirklicht sind, bis wir wieder auf unserem eigenen Boden in einem unabhängigen palästinensischen Staat leben.

Leserbrief-Berichtigung

Peinlich

Betrifft: „Roter Morgen", Nummer 39 vom 30. September 1983, Seite 11
Werte Freunde!

Unter „Meldungen" schreibt ihr in der oben genannten Ausgabe („Bonn hilft El Salvador"): „...Das Regime Duarte, das sich sowieso nur noch durch US-amerikanische Militär- und Wirtschaftshilfe über Wasser hält, ..."

Ihr scheint mit euren Informationen anderthalb Jahre hinter der Zeit und der Geschichte hinterherzuhinken.

Denn: Das Regime Duarte existiert seit den „freien Wahlen" vom 28. März 1982 nicht mehr, sondern wurde abgelöst durch den Bankier Alvaro Magana Borge (Übernahme des Präsidentenamtes, welches vorher Duarte innehatte).

Ich weiß nicht, wie es um Eure Informationen über El Salvador bestellt ist. Deshalb möchte ich euch drei „Quellen" mitteilen, damit solche Peinlichkeiten sich nicht wiederholen.

1. Informationsdienst El Salvador (IDES) c/o FDCL, Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1 Berlin 61
2. „Signal der Freiheit" (Radio Venceremos); Vertrieb durch: Kinderhilfe Lateinamerika e.V., Teutoburger Straße 38, 5 Köln 1
3. „Analysen..." (Radio Farabundo Marti); AG Radio Farabundo Marti c/o Internationalismus Buchladen, Postfach 3003, 3 Hannover 1.

Mit solidarischen Grüßen
E.B., Hannover

Wo er recht hat, hat er recht, und es ist in der Tat etwas peinlich. Nur: nicht, daß wir das etwa nicht gewußt hätten, schließlich haben wir im Roten Morgen schon wiederholt darüber geschrieben, auch nach der sogenannten Wahl vom März 82. So ist es denn auch nicht mangelnde Information, sondern einfach ein Fehler, der in der Hektik der Arbeit „durchging". Die Quellen führen wir trotzdem an, für diejenigen Leser, die mehr wissen wollen. — Die Redaktion bedankt sich für den Hinweis.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
14.30-15.00	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
16.00-16.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
18.00-18.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
19.00-19.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310	41 Meterband KW
	5985	49 Meterband KW
	1458	206m MW
23.00-23.30	7310	41 Meterband KW
	5985	49 Meterband KW
	1458	206m MW
6.00-6.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW



Wendemanöver in den Rundfunkanstalten

Von der tagesschau zur *TAGESSHOW*

Wer genauer hinhört, kann es immer öfter feststellen: es geht rechter zu in Westdeutschlands Rundfunk- und Fernsehanstalten. Sprachregelungen bei Nachrichten, Themenauswahl in Magazinen, Personenauswahl bei Diskussionssendungen — hier sind die Wendemänner am Werk.

Diese kleinen Schritte kommen nicht von ungefähr. Hinter den Kulissen wird von den Kräften, die die Wende wollen, kräftig zugelangt. Einige Beispiele zeigen den Weg der öffentlich-rechtlichen Medien zu absolut „schwarzen Kanälen“.

Dieter Hildebrands Auftrittsverbot in politisch brisanten Zeiten, die Absetzung des Moderators Franz Alt sind zwei relativ bekannte Beispiele für das, was sich in den Sendeanstalten tut. Weniger bekannt ist das Treiben zweier Redakteure bei der ARD, die ganz fleißig am Wenden sind. Tagesschau-Chefredakteur Edmund Gruber und sein Stellvertreter Heiko Engelkes. Gruber hat kürzlich in einem Interview einiges von seinen Plänen und Vorstellungen kundgetan. „Blabla wird nicht mehr gesendet“, sagte er, und meinte die manchmal kritischen und engagierten Ansagen der Tagesschau-Moderatoren. Er selbst und sein Stellvertreter wollen es jetzt „besser“ machen. Die beiden ARD-Rechtsaußen nehmen demnächst die Moderation selbst in die Hand und, so wörtlich „konzentrieren uns auf die wirklichen Interessen des Publikums — von Chopper über Lindenberg bis zur Mode“. Der Weg der Tagesschau zur Tagesshow ist vorgezeichnet.

Diese Entwicklung ist aber kein Einzelfall. Der Deutschlandfunk ist nach Wendemanövern an der Spitze voll in schwarzer Hand, beim RIAS (Radio im amerikanischen Sektor) in Westberlin macht die Besatzungsmacht USA Ansprüche auf die Programmgestaltung geltend und beim WDR wird als Nachfolger des wegen seiner SS-Vergangenheit abgesetzten Chefredakteurs Theo M. Loch ein Mann gesucht, von dem der WDR-Intendant sagt: „Chancen haben nur Bewerber rechts von der Mitte“. Und wo die Personalpolitik noch nicht „alles klar zur Wende“ gemacht hat, wie etwa bei der Panorama-Redaktion in Hamburg, treten die Rundfunkräte auf den Plan. Zwei Panorama-Beiträge der letzten Zeit sind unter Beschuß geraten. Zum Tode von Kemal Altun und zur Flick-Affäre haben Redakteure Beiträge gemacht, die vom rechten Rundfunkrat verurteilt worden sind.

All diese Tendenzen in den Rundfunkanstalten nehmen nicht nur wegen des großen Rückhalts aus Bonn zu, ganz entscheidend ist es, daß Strukturen, Arbeitsweisen und Traditionen innerhalb der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten den Machern der Wende zugute kommen. Henning Venske, engagierter und kritischer Medienarbeiter, ehemals beim NDR, Hessischen Rundfunk und Südwestfunk beschäftigt (und überall gefeuert), hat in seinem Buch *„Das versendet sich — oder: Gesammelte Fettnäpfe — Ein deutsches Medienschicksal* (rororo 4924) diese Strukturen beschrieben. Nebenstehend Auszüge aus seinem Artikel: *„Sprengt die Funkhäuser in die Luft!“*.

Das versendet sich...

Wer und was verhindert die Lebendigkeit von Rundfunk und Fernsehen? Es ist die horizontale und die vertikale Gliederung der Sendeanstalten.

Die horizontale: das Nebeneinander der sogenannten Hauptabteilungen. Da gibt es eine Hauptabteilung Politik und eine Hauptabteilung Kultur und Wissenschaft, da existieren Hauptabteilungen Sport, Wort, Bildungs- und Kursusprogramm oder auch Nachmittagsprogramm. Die Maximierung des Unfugs erreichte man mit der Bildung der Hauptabteilung Unterhaltung. Erschiene doch ein gewaltiger Konsumentenmarsch am Horizont und würde dieses alles einfach zuscheißen!

Die Hauptabteilung Unterhaltung ist in erster Linie verantwortlich zu machen für die mangelnde Unterhaltsamkeit in Rundfunk und Fernsehen: Unterhaltung ist eine Form, mit dem Stilmittel Unterhaltung wird man der Langeweile Herr. Unterhaltung hat kein Recht auf ein Eigenleben, denn sie hat keinen Inhalt. Alles, womit Rundfunk und Fernsehen an die Öffentlichkeit treten, muß Unterhaltung sein. Jeder, der in diesem Metier tätig ist, muß die seinem Thema angemessene Form finden, muß unterhaltend sein. Man konstruierte in den Sendeanstalten einen Gegensatz zwischen Unterhaltung und Information (nicht etwa aus Schwachsinn, nein, aus politischem Kalkül): der Gegensatz versetzt die Mächtigen des Staates in die Lage, in einer Art Geheimsprache Monologe aneinanderhinzureden, und das von der Teilnahme ausgeschlossene Volk wurde durch Fernsehballettklimbim tranquilisiert.

Die Sendeanstalten sind heute voller Leute, die offensichtlich nicht wissen, daß das informierende Wort, das nicht gleichzeitig unterhält, wertlos ist und nur unnütze Stromkosten verursacht. Beispiel — die Nachrichten. Dieses monströse Wortgeklingel ist nicht unterhaltend, folglich informiert es auch nicht — es sei denn ein paar durchhaltewillige Eingeweihte. Nachrichten — die Personalunion von Heiliger Kuh und Bolzenschußgerät: „Die EG-Agrarministerkonferenz hat auf ihrer heutigen Sitzung in einem einstimmig verabschiedeten Kommuniqué eine Anhebung der Einfuhrzölle in den Ländern der Gemeinschaft als nicht mehr auszuschließende Maßnahme bezeichnet und eine entsprechende Vorlage an die Ausschüsse überwiesen ...“ Es wurde versäumt, die Erfinder solcher Verbalkarikaturen — studierte Leute ganz gewiß — nach ihrem Hauptschulabschluß und dem Sinngehalt des Satzes „nächste Woche wird wahrscheinlich die Butter teurer“ zu fragen.

Die Hauptabteilungen haben zu nichts anderem geführt als zu Kästchendenken und Industrialisierung. Rundfunk und Fernsehen müßten jedoch Handwerksbetriebe sein. Ein Tischler kann nicht nur Tische bauen, sondern auch Stühle, Betten, Schränke. Ein Schauspieler kann nicht nur Abel, sondern auch Kain spielen, ein Journalist kann außer über Mord auch über Geburt berichten. (...)

Gerät man gelegentlich in Erstaunen, daß Rundfunkgerät und Fernsehapparat trotz ihrer ‚Hauptabteilungen‘ Rudimente eines Programms abstrahlen, so wundert einen die finanzielle Misere der Sendeanstalten überhaupt nicht mehr, angesichts der verschiedenen ‚Hauptabteilungen‘ der Verwaltung (Hauptabteilung Finanzverwaltung oder Hauptabt. Allgemeine Verwaltung oder Hauptabt. Programm- und Personalverwaltung usw.). Den Verwaltern würde es vermutlich gar nicht auffallen, wenn überhaupt kein Programm stattfinden würde — gelegentlich fällt auf, wenn ein Redakteur eine Spesenabrechnung einreicht und seine Essensmarken liebenswürdigerweise einem freien Mitarbeiter zugesteckt hat... (Übrigens: in fast allen Sendeanstalten befindet sich die Kantine im Verwaltungstrakt und nicht etwa in der Nähe des Studios!) Ungefähr vier Verwalter kommen auf einen Programmgestalter — das führt zu den hirnrissigsten Arbeitsbedingungen. (Ich bestelle ein Klavier für eine Kinderfunkproduktion, fülle deswegen ein Formular aus, bekomme das Klavier — ohne Klavierhocker. Hätte ein zweites Formular ausfüllen müssen. Versuche, den Hocker herbeizuzitieren — vergebens: der zuständige Sachbearbeiter ist beim Arzt, der Pianist hockte mißgestimmt auf einem Stuhl...)

Die vertikale Gliederung: das Untereinander, das Übereinander, das Durcheinander der Interessengruppen. Die Sendeanstalten sind konstruiert wie Bananenmonarchien: Da gibt es einen König mit vielen kleinen Unterkönigen — und jeder hat so seine speziellen Drähte zur alles beherrschenden United-Fruit-Company. Selbige Company — wenn auch in verschiedene Abteilungen gegliedert und durchaus nicht immer eines Sinnes — weiß sich durchaus einig in dem Bestreben, Einfluß zu nehmen, Interessen zu wahren, Macht auszuüben. Der König — Intendant genannt — hat zumeist keine Ahnung von Bananen, sprich vom Programm und wie es herzustellen sei. Er wird von den Mächtigen des Staates, also von Parteifunktionären, hinter seinen Intendantenschreibtisch gesetzt: „Gestern noch war ich Oberstadtdirektor in Uelzen.“

Sitzt der Intendant fest auf seinem Schreibtischstuhl — dank der vielen Versprechungen, die er machen mußte, daß er sich anständig benimmt und dieses tun und jenes unterlassen wird — dann darf er, im Sinne seiner Drahtzieher, tätig werden wie der Teufel auf der Marionettenbühne: Es gilt, eine Sammlung Mitspielender Unterkönige zusammenzupuzzeln: Direktoren, Hauptabteilungsleiter, Abteilungsleiter, Chefredakteure. Auch diese leitenden Mitglieder des Hofstaates müssen nicht durch Sachkenntnis oder besondere Könnerschaft in der Programmgestaltung brillieren — sie fungieren nur als Repräsentanten rivalisierender Gruppierungen im Staatsapparat. Es geht keinem von ihnen um ein Rundfunk- oder Fernsehprogramm, es geht ihnen um die Stärkung ihrer Hausmacht. Den staatstragenden Parteien geht es auch nicht um ein Rundfunk- oder Fernsehprogramm — ihnen geht es nur um die Okkupation möglichst vieler Lautsprecher ihres Parteiprogramms.

Laut und deutlich sei's gesagt: In den deutschen Sendeanstalten gibt es keine Unabhängigkeit. Durch die schon weit fortgeschrittene Ausschaltung von Arbeitsmöglichkeiten freier Mitarbeiter, durch die Verbeamtung, hat man in den Funkhäusern nach Schließung der Fenster und Türen auch die Ventilatoren abgestellt. Dienstanweisungen, Reglementierungen, nicht festgelegte, aber häufig beschworene „Spielregeln“ und die daraus resultierende Selbstzensur von Mitarbeitern, die lieber Unterkönig als Stempelgeldempfänger werden wollen, zementieren eine Feudalstruktur, die durch den Parteiproporz nicht neutralisiert, sondern verdeutlicht wird.

Auf dem Papier haben wir es immer noch mit Anstalten des Öffentlichen Rechts zu tun. Aber der Weg zur Anstalt des Öffentlichen Unrechts ist bereits kräftig beschritten. Rundfunk und Fernsehen sind auf der Höhe der Zeit...



Ein neues Anti-BILD-Buch...



... mit einer alten BLIND-Zeitung (S. 97)

Anti-BILD-Aktivitäten



Erfolg gegen BILD hatte die 18jährige Bettina G. aus Dortmund. Eine verfälschte Meldung der BILD-Zeitung hatte das Mädchen verunglimpft und bei ihren Nachbarn dermaßen in Verruf gebracht, daß es einen Selbstmordversuch unternahm.

Mit ihrem Anwalt und mit Hilfe der Gegen-BILD-Stelle ging sie dann aber vor Gericht. BILD wurde zur Zahlung eines Schmerzensgeldes verdonnert. Nach dem Urteil des Oberlandesgerichtes in Hamm präsentierte sich Bettina mit ihrem Anwalt und der BLIND-Zeitung, die unsere Partei und die KJD zu den herbstlichen Friedenswochen herausgegeben hatten.

Nicht nur die kämpferische Blockade des Springer-Hauses in Hamburg nach der Volksversammlung für den Frieden hat die Aufmerksamkeit mal wieder auf Deutschlands Schund- und Schmutzblatt Nr. 1 gerichtet. Ein neues Taschenbuch aus dem KLARTEXT Verlag bringt eine Menge von Untersuchungen, Fallbeispielen und Gegenaktionen der breiten Anti-Bild-Bewegung.

Günter Wallraff, einer der Hauptaktivisten der BILD-Gegner, schreibt zwar in seinem Vorwort im genannten Buch, daß nach anfänglichen Erfolgen durch Aufklärungs- und Boykottaktionen die BILD-Auflage wieder ansteigt, verneint aber die Frage, ob das alles umsonst gewesen sei. Daß sich immer mehr in der Bevölkerung herumgesprochen hat, daß das Millionen-Lügenblatt verhetzt, lügt und betrügt, daß über 300000 Bundesbürger einen Boykottaufruf unterschrieben haben, das sind Erfolge, wie auch der von Wallraff gegründete und unterhaltene Rechtshilfefonds für BILD-Geschädigte (c/o Verlag Kiepenheuer & Witsch, Rondorfer Str. 5, 5000 Köln 51) der regelmäßig Rechtsberatung, Rechtshilfe gewährt, der Gegendarstellungen, Unterlassungsverfügungen und Schadenersatzgelder einklagt.

In diesem neuesten Buch der Anti-BILD-Bewegung werden verschiedenste, schlimme Fälle dokumentiert, konkrete Kämpfe mit den BILD-Machern dargestellt und ein wichtiger Informationsteil bietet praktische Hilfe. Viele Beispiele von Anti-BILD-Aktionen (auch „unsere“ BLIND-Zeitung vom Mai ist abgebildet, RM) und eine ausführliche Liste beschreibt Materialien von Filmen bis zu Büchern, die sich kritisch mit BILD auseinandersetzen. Dazu alle wichtigen Adressen, Anlaufstellen der Gegen-BILD-Stellen und vieles andere mehr machen das Buch zu einer großen Hilfe im Kampf gegen das Lügenblatt vom Springer Verlag.

Wenn BILD lügt — kämpft dagegen — Neue Untersuchungen — Fallbeispiele und Gegenaktionen — Klartext Verlag, Eltingstraße 2, 4300 Essen (ISBN 3-88474-401-1)

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mir - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Fr. 17 - 19 Uhr

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 Frankfurt 60, Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: (0611) 491918.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.